



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

**Berufliche Bildung
in Bayern**

Unsere Themen

Brauchen wir ein „Berufsbildungs-PISA“?

Gesund und fit im Lehrerberuf

Ergebnisse der Personalratswahlen

8. Berufsbildungskongress:
Memmingen – eine Stadt mit
Perspektiven

Berufsfachschulen:
Regional erfolgreiche Tore
zur Berufseinmündung



**Gesunde
Lehrer braucht
das Land!**

abl-Fachtagung
Lehrergesundheit ...

Wiedergewählt und
weiterhin für die Belange der
Lehrkräfte da:

**Ihre VLB-
Hauptpersonalräte
Wolfgang Lambl
und Horst Hackel**



HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlags e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 08-09: 10. 07. 2006
 für Heft 10: 11. 09. 2006
 für Heft 11: 02. 10. 2006

ISSN 0942 - 6930

Thema des Tages

3 Hans Käfler: Brauchen wir ein „Berufsbildungs-PISA“?

Bildungspolitik

4 Norbert Hirschmann: Gesundheitstag der abl in Ingolstadt
 7 Hans Preißl: Der berufliche Bildungsweg in Österreich – Vorbild für Bayern?
 8 Hans Preißl: OECD-Bericht analysiert Chancen von Einwandererkindern
 10 Stoiber fordert klare Konsequenzen aus der neuesten OECD-Bildungsstudie

Dienstrecht

11 Wolfgang Lambl: Ergebnisse der Personalratswahlen 2006
 14 Einigung im längsten Tarifkonflikt seit 80 Jahren

Lehrerbildung

15 Bayern passt Lehrerbildung an Bachelor-Master-System an
 15 Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

Berufsbildungskongress

17 Der Kongressort Memmingen stellt sich vor

Pädagogik und Unterricht

21 Jürgen Seifried u. a.: Unterrichtsmethoden in der kaufmännischen Praxis
 22 Gertrud Schilcher-Fuhrig: Gemeinsame Fortbildung Berufsschule und FOS/BOS
 24 B. Hofer / I. Schroll-Decker: Berufsfachschulen: Regional erfolgreiche Tore zur Berufseinmündung

Schulentwicklung

27 Siegfried Holzmann: Imageprospekt Scheinfelder Bidungseinrichtungen
 28 Dr. Gerhard Kellner: PPP – Public Private Partnership
 29 Alois Gillitzer: Bürokaufmann und Fremdsprachenkorrespondent IHK Englisch

Aus dem Verbandsleben

Landesverband
 30 Peter Thiel: Rudolf Karrasch zum 90. Geburtstag
Bezirks- und Kreisverbände
 32 BV Niederbayern; BV München; BV Schwaben; KV Bamberg/Forchheim
Fachgruppen
 38 FG Religion
Studenten / Referendare
 40 VLB-Symposium 2006 für Referendare und Studenten
Senioren
 41 Sitzung der Seniorenvertreter
 42 **Personalien**

Umschau

Letzte Umschlagsseite
 Häusliches Arbeitszimmer: Brief der Lehrerverbände an Bundeskanzlerin
 Angela Merkel

Titelfotos: Hans Preißl und Martin Ruf

Brauchen wir ein „Berufsbildungs-PISA“?



HANS KÄFLER

Seit einem Jahr ist das novellierte Berufsbildungsgesetz in Kraft. Wirksame Fortschritte im Sinne einer Verbreiterung der Angebote für arbeitsplatzsuchende Jugendliche sind nicht erkennbar. Bemühungen des Kultusministeriums um verbesserte Anerkennungsmöglichkeiten von Berufsfachschulabschlüssen werden von der Arbeitgeberseite im Landesausschuss für Berufsbildung blockiert. Gleiches gilt für den Ausbau von Berufsfachschulen, den insbesondere die Handwerkskammern und deren Vertreter im Landtag als Anfang vom Ende der dualen Berufsausbildung ansehen und mit allen Mitteln bekämpfen.

Diese starre Abwehrhaltung von Interessenverbänden gegenüber Veränderungen haben wir auch im allgemeinbildenden Schulwesen erlebt. Die ungeprüfte Überzeugung, dass das deutsche Schulsystem sozusagen automatisch Weltspitze sein müsse, wurde durch den „PISA-Schock“ gründlich erschüttert. Die vielfältigen Bemühungen um Qualitätsverbesserungen, die seitdem eingesetzt haben, zeigen inzwischen auch Wirkung.

Eine ähnliche Situation wie vor den internationalen Untersuchungen zur Qualität der allgemeinbildenden

Schulen sehe ich auch in der beruflichen Bildung. Insbesondere die Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Kammern werden nicht müde, das deutsche duale Ausbildungssystem als weltweites Vorbild zu loben. Dass es sich zum Exportschlager entwickelt hätte, kann man jedoch nicht behaupten. Wir bleiben weiterhin eine Insel, umgeben von Ländern mit schulisch geprägten Berufsbildungssystemen. Auch die osteuropäischen Länder, die sich nach dem Fall des eisernen Vorhangs in Europa nach Vorbildern umgesehen haben, um ihre Berufsbildungssysteme zu reformieren, setzen weit überwiegend auf Vollzeitberufsschulen.

Dass das duale System in der Lage ist, hervorragende Fachkräfte hervorzubringen, ist unbestritten, die Berufsolympiaden sind ein Beleg dafür. Eine ganz andere Frage ist, ob diese Qualität auch in der Breite gewährleistet wird. Im Berufsbildungsgesetz wird die Aufgabe der Qualitätsentwicklung den Berufsbildungsausschüssen und damit den Kammern zugewiesen. Ich habe allerdings noch nichts von Ansätzen zur Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems durch die Kammern bemerkt. Der Hinweis auf zentrale Berufsabschlussprüfungen reicht sicherlich nicht aus, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der weitaus größte Teil der Prüfungsinhalte durch die Berufsschulen abgedeckt wird.

Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Firmen, die in ihr Qualitätsmanagement auch die Ausbildungsabteilungen integrieren. Dabei handelt es sich aber in der Regel um größere Industriebetriebe. Für den Großteil der Auszubildenden gibt es auf der betrieblichen Seite keine systematische Sicherung der Ausbildungsqualität. Es ist deshalb zu befürchten, dass ei-

ne breit angelegte Vergleichsstudie in der Berufsausbildung ähnlich dramatische Ergebnisse zeitigen würde, wie wir sie von PISA her kennen.

Im Gegensatz zum dualen Partner hat die Schulseite auf die Qualitätsfrage längst reagiert. Im Rahmen ihrer Schulentwicklungsprozesse bauen viele berufliche Schulen systematische Qualitätssicherungssysteme auf. Externe Evaluationsteams untersuchen allgemeine wie berufliche Schulen, um anschließend über Zielvereinbarungen mit der Schulaufsicht Verbesserungsprozesse einzuleiten. Der Modellversuch PROFIL 21 soll Informationen darüber liefern, wo mehr Selbstverantwortung der Einzelschule helfen kann, ihre Bildungsziele noch besser zu verwirklichen. Systematisches Qualitätsmanagement ist für die am Modellversuch teilnehmenden Schulen obligatorisch.

Angesichts dieser Entwicklungen auf der Schulseite ist die eingangs beschriebene Blockadehaltung der Interessenverbände auf Arbeitgeberseite unverständlich. Sie ist sogar destruktiv, wenn man die Entwicklungen auf europäischer Ebene hin zu einem europäischen Qualitätsrahmen für berufliche Bildung (EQF) betrachtet. Entscheidend für eine angemessene Einstufung des dualen Systems in diesen EQF wird die Qualität der Ausbildungsergebnisse sein. Es ist also höchste Zeit, sich mit der Qualität der dualen Ausbildung auch auf betrieblicher Seite konkret zu befassen, um sich nicht wieder hinterher über die Ungerechtigkeit europäischer Vergleichssysteme aufregen zu müssen. Vielleicht ist wirklich ein „Berufsbildungs-PISA“ notwendig, um Bewegung in das verkrustete duale System zu bringen.

1. Gesundheitstag der abl in Ingolstadt:

„Gesund und fit im Lehrerberuf“

NORBERT HIRSCHMANN

Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten sich im BBZ Gesundheit in Ingolstadt und zeigten dadurch, dass die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer durchaus aktiv für ihre Gesundheit sorgen und dafür auch am Wochenende einen ganzen Tag und eine teils lange Anreise investieren. In 34 Workshops, wovon jede/r Teilnehmer/in zwei besuchen konnte, wurde dem Bedürfnis voll entsprochen, Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge konkret kennen zu lernen.

Belastungen im Lehrerberuf werden sowohl in körperlicher wie auch in psychischer Hinsicht erfahren. Deshalb reichte die Angebotspalette der Workshops von physiologischen Themen (z.B. Verspannungen und Stimmproblemen vorbeugen, richtige Atmung und Ernährung) bis zu Aspekten der Interaktion und Kommunikation. Auch Aspekte hilfreichen Führungsverhaltens (Mitarbeitergespräche, förderliches Betriebsklima) wurden thematisiert. Die Hauptpersonalräte berieten Interessierte hinsichtlich Fragen der Entlastung, wie



Ingrid Heckner: „Schule kann Defizite häuslicher Sozialisation nicht ausgleichen.“

Teilzeit- Freistellungs- und Beurlaubungsmöglichkeiten, Regelungen für das vorzeitige Ausscheiden und des Versorgungsrechts.

Ein perfekt organisierter Gesundheitstag

Übereinstimmend wurde von den Teilnehmern die ausgezeichnete Organisation des Gesundheitstages her-

Die Tagungsorganisation war im Team von „Wolfgang & Wolfgang“ in besten Händen. Links Hausherr und BBZ-Leiter Wolfgang Lamprecht, rechts Hauptpersonalrat und stv. VLB-Vorsitzender Wolfgang Lambl.



vorgehoben, die in den Händen des Hausherrn Wolfgang Lamprecht als dem Leiter des BBZ Gesundheit lag. Er hatte ein Team von freundlichen und hilfsbereiten Helfern zusammengestellt, das die Teilnehmer informierend und beratend durch den Tag begleitete und sogar eine Kinderbetreuung angeboten hatten.

Die Initiatoren für diese Veranstaltung waren die Hauptpersonalräte in der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl – BPV, BRLV, VLB, KEG). Wolfgang Lambl (VLB) führte in den Plenumsveranstaltungen durch den Tag und begrüßte zu Beginn die Teilnehmer sowie die erschienene Prominenz, u.a. den Oberbürgermeister der Stadt, die örtliche Abgeordnete Christine Haderthauer, Ingrid Heckner (MdL) sowie den Referenten aus der Realschulabteilung des StMUK, MR Herbert Püls.

In seinem Grußwort hob Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Al-

fred Lehmann hervor, dass seine Stadt oft „neben der Autobahn liegen gelassen werde“ und es die reizvolle Altstadt schwer habe, neben den imponierenden Audi-Werken und Raffinerien wahrgenommen zu werden. Dabei feierten die Ingolstädter doch gegenwärtig die 1200-Jahr-Feier. Auch die Leistungen als Sachaufwandsträger für die Bildungseinrichtungen könnten sich sehen lassen: So habe die Stadt in den letzten zwölf Jahren über 100 Mio Euro für ihre Schulen investiert, ein vergleichsweise wesentlich höherer Anteil als die bayerischen Großstädte.

Vorgaben des Arbeitsschutzgesetzes erfüllen

Der Leiter der abl, Max Schmidt (BPV) hob in seiner Eröffnung die große Resonanz auf diesen Gesundheitstag hervor und fasste seine Ausführungen in den folgenden Forderungen zusammen:

- Schon während der Lehrer-Ausbildung muss eine Sensibilität für Gefahren gesundheitlicher Belastungen geschaffen werden! (Eine Studie der Universität Leipzig hat schon bei Lehramtsassessoren stimmliche Defizite nachgewiesen.)
- Zukünftig muss in den Beihilferegelungen ein Anteil für präventive Maßnahmen bereitgestellt werden!
- Die (vom Landtag bereits beschlossene) Ausweitung der Projekte für Lehrergesundheit (bisher in den Bezirken Mittelfranken, Niederbayern und der Oberpfalz mit Erfolg durchgeführt) muss endlich konkret umgesetzt werden!

- Der Dienstherr muss endlich die Regelungen des Arbeitsschutzgesetzes (1996 !) auch im Schulbereich umsetzen, wonach er dafür sorgen muss, dass die „Gefährdung möglichst gering gehalten wird“ und „Gefahren an ihrer Quelle zu bekämpfen“ sind.
- Um den Vorgaben des Arbeitsschutzgesetzes nachzukommen, sollte in jedem Kollegium – vergleichbar mit den Sicherheitsbeauftragten und ähnlichen Aufgaben – ein Gesundheitsbeauftragter benannt werden. Der vom StMUK schon benannte Beauftragte für

einer großen Verantwortung und mit Belastungen verbunden.

Sie zitierte die Sieland-Untersuchung, die ergeben hat, dass Pädagogen ähnlich große Stresswerte erreichen wie Fluglotsen. Das liegt vor allem an der hohen Entscheidungsdichte. Ein Lehrer muss permanent auf seine Klasse reagieren, auf Störungen und unvorhergesehene Vorfälle ebenso wie auf konstruktive Beiträge.

Gleichzeitig sei der Erwartungsdruck, der auf den Lehrern lastet, beträchtlich. Und dieser Druck komme von allen Seiten: den Eltern, der Wirt-

jungen Generation verantwortlich zu machen. Dass die schulische Bildung und Erziehung nicht alle Defizite häuslicher Sozialisation ausgleichen und beheben kann, müsse Politikern ebenso klar sein wie den Lehrern.

Dies wisse sie als ehemalige Kollegin nur zu gut. Wenn man die Unzufriedenheit mit dem Lernerfolg der Schüler ausschließlich sich selbst zuschreibe, sei die Gefahr des Scheiterns vorprogrammiert. Allerdings richteten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ihre Schuldzuschreibung und Unzufriedenheit an die Adresse des Ministeriums und der Politik und verlor dabei deren Bemühungen aus den Augen.

Landtagsbeschluss: Modellversuche zur Lehrergesundheit werden flächendeckend umgesetzt

So habe der Landtag beschlossen, nach einer Auswertung der bisherigen Modellversuche zur Lehrergesundheit in drei Regierungsbezirken deren flächendeckende Umsetzung zu realisieren. Den Abgeordneten sei bewusst, dass diese Umsetzung „nicht zum Nulltarif“ erfolgen könne. Sie versicherte den Teilnehmern, dass sie sich in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 gemeinsam mit ihren Kollegen aus dem Bildungsausschuss vehement dafür einsetzen werde, die notwendigen Mittel für eine bayernweite Einführung bereitzustellen. Frau Heckner, die stellvertretende Vorsitzende im Landtagsausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes sowie Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ist, begrüßt daher, dass sich auch die Lehrerverbände dieses Themas angenommen hätten: „Prävention ist das Gebot der Stunde!“ – letztlich sei jede/r Lehrer/in eigenverantwortlich für seine/ihre Gesundheit zuständig.

Prof. Dr. Hans-Ludwig Schmidt beschäftigte sich als Fachreferent mit der Frage „Macht Schule krank?“

Der Dozent für Sozialpädagogik und Gesundheitspädagogik an der Katholischen Hochschule Eichstätt machte deutlich, dass die heutige Schule zu einem „gigantischen Supermarkt“ geworden sei, der Ange-



Über 300 Teilnehmer lockte das Angebot des 1. abl-Gesundheitstags nach Ingolstadt.



Prävention als Gebot der Stunde: Lehrerinnen und Lehrer sorgen aktiv für ihre Gesundheit.

Fragen der Lehrergesundheit könnte den Aufbau dieser Struktur fachlich unterstützen.

MdL Ingrid Heckner hob in ihrer Begrüßung in Vertretung des Kultusministers hervor, dass sich Landtag wie Ministerium sehr wohl der Gesundheit der Lehrkräfte widmeten. Lehrer-Sein sei zwar ein schöner und großartiger Beruf; jedoch sei er mit

schaft, der Gesellschaft. Wegen ihrer Berufsauffassung versuchten viele Lehrer diesem Druck mit Überengagement zu begegnen. Der Grat zwischen Einsatz und Aufopferung sei aus diesem Grund oft recht schmal, sagte Heckner.

Als Mitglied des Bildungsausschusses verwehre sie sich deshalb dagegen, Lehrer für alle Defizite unserer



Gudrun Möllenkamp-Thien und Ulrike Weyland definieren Gesundheitsförderung als als unabdingbaren Teil von Gesundheitsförderung an Schulen.



In 34 Workshops konnten die Teilnehmer Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge kennen lernen.

bote für alle Anforderungen der Gesellschaft vorzuhalten habe. Zudem habe sich die Erziehungsfunktion der Schule von einer früher anteiligen zu einer gegenwärtig kompensierenden gewandelt.

Gesundheitsförderung an Verhaltens- und Verhältnisprävention ausrichten

Mit Hilfe der bekannten Studien der letzten Jahre erläuterte er, dass die Betroffenen die Hauptbelastungsfaktoren in zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten der Schüler, in der Arbeitszeit-Erhöhung sowie der gestiegenen Klassengröße sähen; dazu komme die mangelnde Anerkennung des Lehrerberufs in der Öffentlichkeit. Die Schaarschmidt-Studie habe eine Häufung des Risikotyps A (Anstrengung und „Selbstüberforderung“) v.a. in den Grundschulen und Gymnasien, die des Risikotyps B (Burnout und „Resignation“) v.a. in den Hauptschulen nachgewiesen. Aus den vorliegenden Frühpensionierungsdaten lasse sich eine Kostenlawine von 250 Mio. Euro pro Jahr errechnen - im Vergleich dazu erscheinen die Investitionen des Dienstherrn in präventive Maßnahmen als geradezu minimal!

Das Thema müsse allerdings erweitert werden: „Macht Schule Lehrer und Schüler krank?“ – In der Jugendgesundheits-Studie 2000 werde deutlich, dass gesunde Lehrkräfte die Grundvoraussetzung dafür seien, dass Schule eine vernünftige und gleichzei-

tig dringend erforderliche Gesundheitsförderung für ihre Schüler leisten könne.

Die Gesundheitsförderung und die Prävention sind gemäß der WHO-Definition von Gesundheit sowohl im Sinne von Verhältnisprävention (Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten) als auch von Verhaltensprävention (Vermittlung persönlicher Kompetenzen zur Gesunderhaltung) auszurichten. Dabei hat sich der Settingansatz (Prävention und Intervention im Lebens- und Arbeitsumfeld) bewährt. Prof. Schmidt schloss mit der Feststellung, dass „Schule heutzutage krank gemacht“ werde und eine Überforderung von Schulen und Lehrkräften dringend verhindert werden müsse.

Projekt „KoLeGe“: Gesundheitsförderung als integraler Bestandteil aller schulischen Prozesse

Nach den Workshops fanden sich die Teilnehmer/innen noch einmal zu einer abschließenden Plenumsveranstaltung zusammen, in der Gudrun Möllenkamp-Thien und Ulrike Weyland das Konzept „KoLeGe“ (Kooperative Lehrerinnen-/Lehrerfortbildung Gesundheitsfördernde berufsbildende Schulen) vorstellten, das als Ergebnis eines BLK-Projekts für die Beruflichen Schulen entstand.

In vier Modulen wurde Gesundheitsförderung „als integraler Bestandteil aller Prozesse und Maßnahmen in Schule“, also auch als ein un-

abdingbarer Teil von Qualitätsmanagement in Schule definiert und für die Fortbildung in der ersten und zweiten Phase konzipiert:

Neben einem Basismodul (Grundwissen und -fertigkeiten zur Organisationsentwicklung sowie Theorien und Konzepte zur Gesundheitsförderung) sind eine gesundheitsförderliche Kommunikation, eine gesunde Bewegungserziehung sowie ein verantwortlicher Umgang mit Nahrungs-, Genuss- und Suchtmitteln als weitere Module entwickelt und evaluiert worden. Nun steht die breitenwirksame Umsetzung in Niedersachsen durch das neu gegründete Kompetenzzentrum für Lehrer-/Gesundheitsbildung in Osnabrück an. Ein Transfer auf bayerische berufliche Schulen ist naheliegend, wie das große Interesse des Auditoriums zeigte.

In ihren Abschiedsworten dankten Rita Bovenz (BPV) und Martin Rister (BRLV) nochmals den Hauptverantwortlichen Wolfgang Lamprecht und Wolfgang Lambl für die zeitaufwändige Organisation dieses Tages mit einem passenden Geschenk. Die Hauptpersonalräte fügten hinzu, dass es bestimmt nicht bei dem ersten Gesundheitstag der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände bleiben werde! <

Gedankenaustausch mit Berufsbildungsexperten aus dem Nachbarland:

Der Berufliche Bildungsweg in Österreich – Vorbild für Bayern?

HANS PREISL

Unter Leitung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Renate Dodell trafen sich der Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, Prof. Dr. Gerhard Waschler und die Abgeordneten Ingrid Heckner (Mitglied der Ausschüsse für Bildung und für den öffentlichen Dienst) und Klaus Stöttner (Mitglied des Wirtschaftsausschusses) sowie der Vorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), Hans Käfler, im Wirtschaftsförderinstitut in Linz mit dem oberösterreichischen Landtagsabgeordneten Walter Aichinger (ÖVP), dem Vorsitzenden der oberösterreichischen Wirtschaftskammer, Dr. Rudolf Trauner, dem Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Oberösterreich, Fritz Enzenhofer und mit hochrangigen Fachvertretern zu einem Gedankenaustausch zur beruflichen Bildung.

Österreich und Deutschland verfügen neben der Schweiz über ein europaweit einmaliges und vorbildliches System in der beruflichen Bildung. Der oberösterreichische Landtagsabgeordnete Dr. Walter Aichinger (ÖVP) hat bei dieser Gelegenheit herausgestellt, dass sich die frühe Differenzierung der Schüler im Alter von 10 Jahren bewährt habe. Wie die Erfahrung zeigt, nimmt die Bereitschaft eines Schülers seiner technischen, praktischen oder handwerklichen Begabung zu folgen mit zunehmendem Alter deutlich ab. Der Präsident der oberösterreichischen Wirtschaftskammer, Dr. Rudolf Trauner, hob die Bedeutung des beruflichen Bildungsweges für die österreichische Wirtschaft hervor.

Berufsreifeprüfung – das Tor zum beruflichen Aufstieg

Die Entscheidung für den beruflichen Bildungsweg ist in Österreich keinesfalls eine Einbahnstraße. Es ist nämlich ein zentrales Anliegen des österreichischen Schulsystems, den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen als lebenslange Chance zu gewährleisten.



Als Idee bei einem parlamentarischen Abend geboren, jetzt in die Tat umgesetzt: Bayerische Berufsbildungsexperten informieren sich in Österreich. Landesschulinspektor Kurt Stockinger, 2. von links koordinierte das Treffen der beiden Delegationen. In der Bildmitte (von rechts) Ingrid Heckner, Renate Dodell, stv. CSU-Fraktionsvorsitzende, Gerhard Waschler, Vorsitzender des Bildungsausschusses, Klaus Stöttner und der VLB-Vorsitzende Hans Käfler.

Ein wichtiger Schritt dazu ist die Berufsreifeprüfung. Sie gilt als vollwertige Matura. Sie öffnet den uneingeschränkten Zugang zum Studium an Universitäten

Lehrlinge können sie nach Abschluss der dualen Berufsausbildung erwerben, wenn sie Prüfungen in den Fächern Deutsch und Mathematik, einer Fremdsprache ablegen. Dazu kommt der Fachbereich, der in Projektform und mündlicher Prüfung absolviert wird.

Vollzeitschulen als effiziente berufsqualifizierende Alternative

Besonders augenfällig ist in Österreich der überragende Stellenwert der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen innerhalb der Berufsbildung. Diese Vollzeitschulen übertreffen mit

einem Marktanteil von über 40 Prozent die duale Ausbildungsschiene.

Über das österreichische Erfolgsmodell der doppelqualifizierenden Berufsbildenden Höheren Schulen (HTL) erwerben die Absolventen allgemeine Hochschulreife und Berufsabschluss gleichzeitig.

Damit unterscheidet sich das System wesentlich von dem in Bayern, wo Vollzeitschulen als echte berufsqualifizierende Alternative zum dualen System eher eine marginale Größe darstellen.

Außerdem zeigt die Studienpraxis in Österreich, dass Studenten, die den beruflichen Bildungsweg wählen, zum Teil bessere Studienerfolge er-

zielen, als die Studenten, welche die Hochschulreife an den allgemein bildenden Schulen erworben haben. Aber auch ohne Hochschulstudium genießen die Absolventen der HTL in der Wirtschaft einen hervorragenden Ruf, so dass sie mit Einstiegsgehältern rechnen können, die mit denen von Hochschulabsolventen vergleichbar sind.

Vorbildlich: Berufsschule ersetzt theoretischen Teil der Kammerprüfung

Vorbildlich ist in Oberösterreich die Lehrabschlussprüfung organisiert. Nach erfolgreichem Besuch der Berufsschule muss der Auszubildende nur noch eine praktische Kammerprüfung absolvieren. Nach erfolgreichem Abschluss einer Berufsschule entfällt



An der Berufsschule Linz 5 beeindruckte die technische Ausstattung für moderne Elektroberufe.

der theoretische Teil der Kammerprüfung. Dieses Verfahren vereinfacht die Prüfung für Auszubildende und Prüfer, ohne dass die Qualität leidet.

Auf Interesse stieß auch die Modularisierung der Lehrlingsausbildung, die unter anderem die Möglichkeit eröffnet, dass weniger qualifizierte Lehrlinge eine Teilabschlussprüfung absolvieren und damit eine berufliche Abschluss erwerben können.

Abgerundet wurde das sehr informative Fachgespräch durch einen Besuch an der Berufsschule Linz 5 unter Leitung des Landesschulinspektors Kurt Stockinger, wo vor allem die technischen Einrichtungen für die moderne Elektroberufe, wie beispielsweise die Elektroanlagentechnik, die Elektroenergie-technik, die Mechatronik und die Kommunikationstechnik besichtigt wurden.

OECD-Bericht analysiert Chancen von Einwandererkindern:

Alarmierende Situation der Schüler mit Migrationshintergrund

HANS PREISL

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat eine neue Detailauswertung ihrer Pisa-Studie von 2003 vorlegt. Der Bericht analysiert die Daten im Hinblick auf die Frage, wie gut Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Alter von 15 Jahren in wichtigen Schulfächern abschneiden

Die Studie untersucht dabei zwei Gruppen von Migrantenkindern

- Schülerinnen und Schüler der ersten Generation
- Schülerinnen und Schüler der zweiten Generation

Zur ersten Gruppe zählen dabei die Migrantenkinder, die nicht im Erhebungsland geboren sind und deren Eltern ebenfalls aus dem Ausland kommen.

In der zweiten Gruppe werden die Kinder erfasst, die im Erhebungsland geboren sind und ihre gesamte Schulbildung im Erhebungsland erhalten haben. deren Eltern aber aus dem Ausland stammen.

Der Bericht vergleicht die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mit einheimischen Schülerinnen und Schülern

Diese vergleichende Analyse erfasst 17 Länder mit hohem Migrantenanteil. Dazu gehören viele OECD-

Länder sowie die Partnerländer Hongkong (China), Macau (China) und Russische Föderation.

Der Bericht untersucht, wie Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund vor allem in den Bereichen Mathematik und Lesekompetenz, aber auch in Naturwissenschaften und in Bezug auf Problemlösefähigkeiten bei PISA 2003 abgeschnitten haben. Im gesamten Bericht wird versucht, Faktoren zu identifizieren, die für die im Ländervergleich festgestellten Unterschiede bei den Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ausschlaggebend sein könnten. Damit sollen die politischen Verantwortlichen Ansatzpunkte erhalten, um die Situation dieser Schülergruppen zu verbessern.

Hohe Zuwanderungsquoten behindern Integration nicht

Einige Ergebnisse der Studie räumen mit verbreiteten Vorurteilen auf. So besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Umfang der zugewanderten Schülerpopulation in den Beispielländern und dem Umfang der zwischen Migrantenkindern und einheimischen Schülerinnen und Schülern beobachteten Leistungsunterschiede. Diese Feststellung widerlegt die Annahme, wonach sich ein hohes Zuwanderungsniveau im Allgemeinen negativ auf die Integration auswirken könnte.

Migrationskinder bringen eine hohe Lernmotivation mit

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ihren eigenen Angaben zufolge ein Niveau an positiven Lerneinstellungen aufweisen, das dem ihrer einheimischen Altersgenossen ähnlich oder sogar überlegen ist.

Dies lässt darauf schließen, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund generell eine große Lernbereitschaft mitbringen, auf der die Schulen aufbauen können, um ihren Erfolg im Bildungssystem zu unterstützen.

Obwohl die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

generell eine hohe Lernbereitschaft aufweisen, ist die Schwankungsbreite der Leistungsunterschiede zwischen ihnen und einheimischen Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich erheblich. Am stärksten ausgeprägt sind die Unterschiede in Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und - Deutschland. In drei der klassischen Einwanderungsländern – Australien, Kanada und Neuseeland – sowie in Macau (China) hingegen sind die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mit denen der einheimischen Schüler vergleichbar.

Deutschland landet bei den Leistungen der Einwandererkinder weit hinten

Deutschland schnitt bei den Schülerleistungen der Einwandererkinder so schlecht ab, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), die Ergebnisse „mehr als bedrückend“ fand

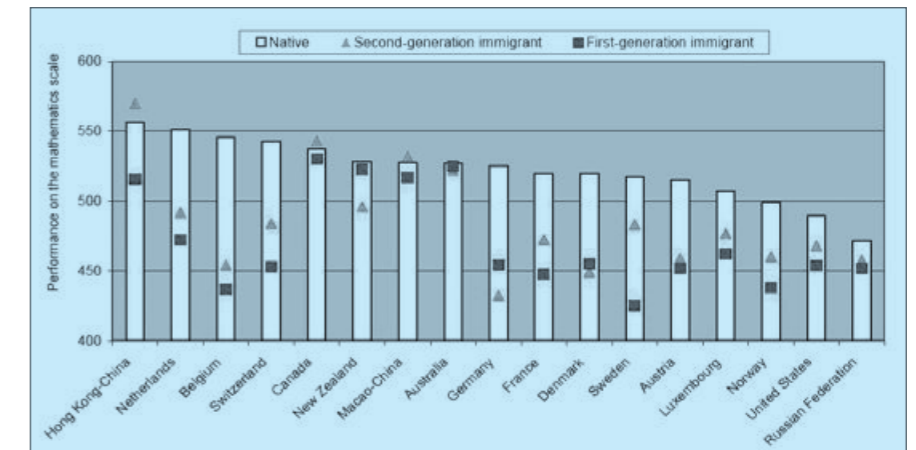
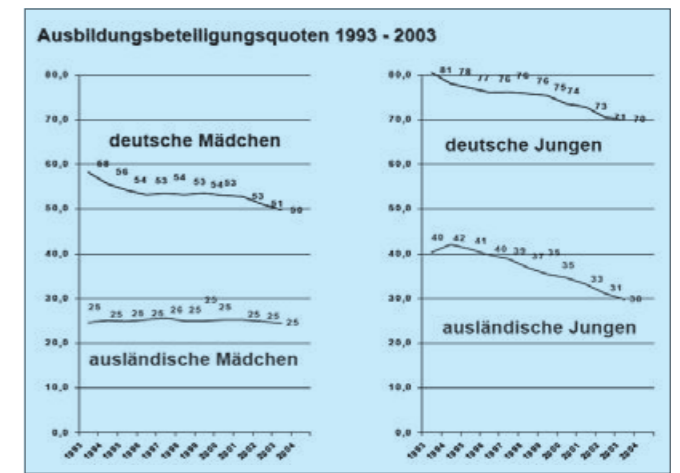
Die Migrantenkinder der ersten Generation landen beim OECD-Vergleich im letzten Drittel. Deren Mathematikkenntnisse sind so gering, dass ein Viertel nicht einmal Kompetenzstufe 2 der sechsstufigen PISA-Skala erreicht.

Die Einwandererkinder der zweiten Generation landen gar auf dem letzten Platz. Diese Neuntklässler hinken den einheimischen Schülern über 90 Punkte hinterher, das entspricht zweieinhalb Schuljahren. Das Ergebnis alarmiert deshalb, weil diese Kinder ihre gesamte Schulzeit in Deutschland verbracht haben.

Einwandererkinder haben nur geringe Chancen auf eine berufliche Integration

In Deutschland ist auch der Anteil sog. Risikoschüler besonders hoch. Als solche gelten diejenigen Schüler, die beim Eintritt ins Berufsleben Schwierigkeiten haben werden, weil sie in Mathematik und im Lesen nicht einmal über Basiskompetenzen verfügen. In Deutschland sind das von den Einwandererkindern der zweiten Generation im Lesen 44 Prozent in Mathematik sogar 47 Prozent.

Entwicklung der Ausbildungsbeteiligungsquoten von ausländischen und deutschen Schulabgängern.



Einwandererkinder der 2. Generation landen im PISA-Vergleich auf dem letzten Platz.

Dass sich die Chancen junger Menschen aus Migrantenfamilien auf eine berufliche Erstausbildung und damit auch ihre Aussichten auf eine berufliche Integration in den letzten Jahren erheblich verschlechtert haben, belegen alarmierende Zahlen.

Die Beteiligung von Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an beruflicher Ausbildung ist seit Anfang der neunziger Jahre drastisch gesunken. Dies gilt ganz besonders für die männlichen Jugendlichen. Die Teilnahme der ausländischen Jungen an dualer Ausbildung verringerte sich von 42 Prozent im Jahr 1994 auf jetzt nur noch 30 Prozent.

Diese viel zu niedrige Ausbildungsquote führt dazu, dass der Anteil unter den jungen Ausländern, die auf Dauer ohne Berufsabschluss bleiben, besorgniserregend hoch bleibt.

Berechnungen auf Basis des Mikrozensus zeigen, dass aktuell 37 Prozent

der 20- bis unter 29-jährigen ausländischen Jugendlichen ohne Berufsabschluss sind. Bei den deutschen Jugendlichen sind es dagegen nur 11 Prozent. Und leider gibt es Hinweise, die für die Zukunft auf einen weiteren Anstieg der Ausbildungslosigkeit von in Deutschland dauerhaft lebenden Migranten hindeuten, zumal in den nächsten Jahren weiterhin stark besetzte Schulabgängerjahrgänge erwartet werden.

Natürlich liegt eine stärkere Teilhabe der Migrantenkinder an beruflicher Ausbildung im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Denn angesichts der demographischen Entwicklung werden in Zukunft immer weniger jüngere Menschen immer mehr Menschen höheren Alters gegenüberstehen. Eine ausreichende Versorgung der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen und eine Aufrechterhaltung des jetzigen Wohlstandes werden nur dann zu erreichen sein, wenn die jüngeren

Leute über möglichst gute berufliche Qualifikationen verfügen

Berufliche Integration hat kriminalpräventive Wirkung

In diesem Zusammenhang alarmieren Zahlen, die der Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting im Bericht über die Kriminalität in Berlin kürzlich vorgelegt hat. Die steigende Kriminalität unter ausländischen Jugendlichen „bereitet große Sorgen“, betont Körting. Der erfreuliche Rückgang der Jugendkriminalität insgesamt ist nur darauf zurückzuführen, dass die Delikte deutscher Täter zurückgehen. Bei den jugendlichen nichtdeutschen Tatverdächtigen gibt es dagegen eine Zunahme bei Rohheitsdelikten und bei der Gewaltkriminalität von 9 Prozent.

Als Gründe macht der Innensenator die hohe Jugendarbeitslosigkeit und – die geringere Bildung aus. Welche kriminalpräventive Wirkung berufliche Integration hat, zeigt ebenfalls ein Blick auf Fakten. Erwerbstätige Ausländer verhalten sich genauso gesetzestreu wie Einheimische.

Die Befunde deuten als darauf hin, dass vor allem die Migranten der zweiten und dritten Generation mit erheblichen Integrationsproblemen zu kämpfen haben. Eine Analyse des Kriminologischen Forschungsinstituts kommt zu dem Ergebnis, dass mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende berufliche Integration bei den Migranten zu Orientierungsdefiziten, Isolations- und Ausgrenzungserfahrungen führen.

Der Zuwanderungsrat hält deshalb mit Recht die Verbesserung der Bildungschancen junger Migranten für einen zentralen Bestandteil einer „nachholenden Integration“

Fazit

Es ist höchste Zeit ernsthaft in die Ausbildungschancen der jungen Menschen zu investieren, selbst wenn dies zusätzliches Geld kostet.

Auch für Deutschland gilt das Wort, das Jukka Sarjala, der Präsident des Zentralamtes für Unterrichtswesen, für seine Heimat Finnland formuliert hat: „Wir brauchen hier jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht erlauben“

Stoiber fordert klare Konsequenzen aus der neuesten OECD-Bildungsstudie:

„Deutsch für ausländische Schüler muss entscheidendes Thema der Bildungspolitik werden“

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat klare politische Konsequenzen aus der neuesten OECD-Bildungsstudie zu den Schulleistungen von Zuwandererkindern gefordert. Die OECD-Studie zeigt nach den Worten Stoibers, dass Deutsch für ausländische Schüler zu einem entscheidenden Thema der Bildungspolitik in ganz Deutschland werden muss. Stoiber: „Die Ergebnisse von Migranten-Kindern sind der klare Beweis für das Scheitern von Multi-Kulti bei der sprachlichen Integration. Jetzt kann niemand mehr bestreiten, dass Deutschkenntnisse der absolute Schlüssel für gute Leistungen und gute Lebenschancen ausländischer Kinder sind. Deutsch in der Schule muss künftig stärker gefördert und vor allem auch gefordert werden.“ Die Eltern ausländischer Kinder forderte Stoiber auf, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder gut Deutsch lernen. Stoiber: „Die Eltern ausländischer Kinder haben hier eine Bringschuld und dürfen die sprachliche Förderung nicht allein auf die Schule und den Staat abschieben.“ Nach den Worten Stoibers sollten ausländische Eltern, die ihre Kinder nicht an Sprachtests oder Deutschkursen teilnehmen lassen, auch mit staatlichen Konsequenzen rechnen müssen.

Stoiber sieht durch die neue OECD-Studie die Initiative aus Hessen und Bayern für das Prinzip Deutsch vor der Einschulung voll bestätigt. Beim kommenden Integrationsgipfel will sich Stoiber dafür stark machen, dass dieses Prinzip nicht nur in Hessen und Bayern, sondern überall in Deutschland durchgesetzt wird. Alle Länder sollten hier nach Auffassung Stoibers an einem Strang ziehen und in einer politischen Grundsatz-

entscheidung ausreichende Deutschkenntnisse bei der Einschulung verlangen. Stoiber: „Die deutsche Sprache muss in ganz Deutschland Voraussetzung für die Einschulung sein und der Schwerpunkt der Sprachförderung muss auf den Kindergarten verlagert werden.“

Bayern ist gemeinsam mit Hessen Vorreiter bei den Integrationsanstrengungen für ausländische Schulkinder. Künftig wird es in Bayern ohne ausreichende Deutschkenntnisse keine Einschulung in den Regelunterricht mehr geben. Kinder ausländischer Herkunft werden künftig ein Jahr vor der Einschulung auf ihre Deutschkenntnisse geprüft. Bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen erhalten sie eine gezielte Förderung in deutscher Sprache im Kindergarten. Wenn ausländische Kinder bei der Einschulung immer noch nicht ausreichend Deutsch können, kommen sie grundsätzlich in Deutschförderklassen. Stoiber verwies darauf, dass nach den bisherigen PISA-Auswertungen Migranten-Kinder in Bayern bessere Leistungen als Migranten-Kinder in allen anderen deutschen Ländern erbringen. Bei der wichtigen Lesekompetenz schneiden bayerische Schüler mit Migrationshintergrund sogar ähnlich gut ab wie deutsche Schüler in anderen Ländern wie etwa Bremen.

Personalratswahlen 2006: Ihre Wahl – Unser Auftrag!

Ein voller Erfolg für den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen!

Ein gutes Wahlergebnis kann der VLB nach der Feststellung der Wahlergebnisse 2006 für alle Ebenen mitteilen.

Die Wählerinnen und Wähler haben alle Personalratssitze in den Stufenvertretungen (Kultusministerium und Bezirksregierungen) an VLB-Kandidatinnen und -Kandidaten vergeben.

Bei den Hauptpersonalratswahlen in Bayern wurde mit 77,1 Prozent wiederum ein ausgezeichnetes Wahlergebnis erzielt.

Für uns, Ihre wiedergewählten Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Horst Hackel, ist das Votum erneut der Auftrag, dass wir uns mit fachlicher Kompetenz und über kritisch-konstruktive Arbeit für Ihre Anliegen nachhaltig einsetzen.

Das hervorragende Ergebnis der Wahlen, in dem unsere die Kolleginnen und Kollegen die Arbeit der Personalvertreter eindrucksvoll bestätigen, bedingt, dass wir uns bei Ihnen allen herzlich bedanken.

Sowohl das Gesamtergebnis, als auch die persönlichen Stimmenergebnisse werden unsere Arbeit für Sie im Staatsministerium für Unterricht und Kultus und in den Bezirksregierungen nachhaltig unterstützen!

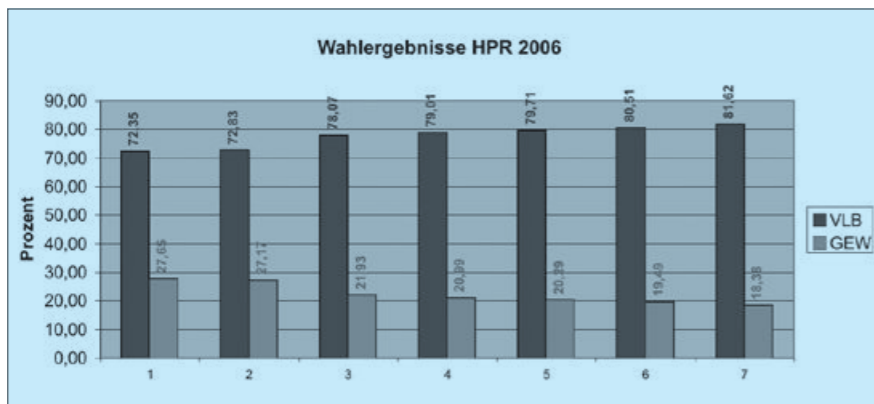
Gerade in dieser „schwierigen Zeit“ ist es notwendig, weiterhin engagiert und mit Nachdruck für die Anliegen aller Kolleginnen und Kollegen an den beruflichen Schulen einzutreten.

Die gilt für alle Ebenen der Personalratsarbeit – von den örtlichen Personalvertretungen, über die Bezirkspersonalvertretungen bis hin zum Hauptpersonalrat!

- Insbesondere gilt es weiterhin
- für die Entlastung der Kolleginnen und Kollegen einzutreten;
- die Einstellungssituation durch die Schaffung weiterer Planstellen zu verbessern;

Zahl der Wahlberechtigten	10.657
Zahl der Wähler (= Zahl der abgegebenen Stimmzettel)	8.109 = 80,12 %
Zahl der abgegebenen Stimmen	14.908
Zahl der gültigen Stimmzettel	7.642
Zahl der ungültigen Stimmzettel	467
Zahl der Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war	1
Zahl der gültigen Stimmen insgesamt	14.630

Ergebnis der Vorschlagsliste 2 (VLB)		11.276
Davon sind entfallen auf die einzelnen Bewerber:		77,07%
1	LAMBL, Wolfgang	3.967
2	HACKEL, Horst	2.513
3	MERKLE, Marion	288
4	KEIL, Rudolf	387
5	LOCHNER, Horst	197
6	ROTHERMEL, Alois	102
7	STELZL, Wilhelm	214
8	TKOTZ, Klaus	156
9	KUNZFELD, Irmgard	189
10	WIEDERER, Klaus	78
11	GAREIS, Hannelore	72
12	SCHOLZ, Günther	61
13	KÜFFNER, Reinhard	203
14	GEIGER, Astrid	139
15	KRAUSS, Martin	269
16	BITTER, Beatrix	14
17	BERNT, Marieluise	25
18	WEISS, Markus	108
19	KRAUT, Elke	137
20	HOTTNER, Thomas	123
21	KOELBL, Robert	122
22	BANKMANN, Ruth	90
23	PFANKUCH, Wilhelm	68
24	SOMMERER, Johannes	123
25	MIDDENDORF, Maria	61
26	HAUPTNER, Barbara	69
27	NÄGELE, Carmen	68
28	STAUTNER, Gisela	95
29	RUPPRECHT, Hermann	79
30	BLANK, Karl	62
31	MURBÖCK, Karl	27
32	DENNERLEIN, Birgit	54
33	LAUBER, Sabine	64
34	SCHNEIDER, Gertud	85
35	HAMMER, Erich	52
36	LIECK, Susanne	42
37	MITTERWEGER, Klaus	44
38	VOGEL, Markus	76
39	Dr. BÄRWINKEL, Elfriede	144
40	ENSER, Wilhelm	61
41	PREISL, Johann	93
42	KROMBHOLZ, Erwin	27
43	BAUDER, Uwe	66
44	ECKERT, Alexander	43
45	BURSIAN, Jürgen	64
46	HANKEL, Ulrich	46
47	PAULSEN, Kerstin	61
48	BOXLEITNER, Heinrich	77
49	KIESLICH, Gertraud	71



- den Lehrenachwuchs durch finanzielle Anreize für Referendare zu sichern;
- die Altersteilzeitregelungen zu erhalten;
- für Systembetreuer eine höhere Entlastung zur Bewältigung ihrer Aufgaben zu erreichen;
- das Stundenmaßes für Fachlehrer, die wissenschaftlichen Unterricht erteilen und in Lernfeldern eingesetzt sind, zu reduzieren;
- ein positives Schulklima durch leistungsgerechte dienstliche Beurteilungen und damit verbundenem Fortkommen sicher;

- die Kriterien bei Einstellungen und Versetzungen zu verbessern
- die Arbeit der Personalvertreter durch kontinuierliche Schulungen und zuverlässige Beratung stärken;
- den Kolleginnen und Kollegen bei Problem- und Fragestellungen zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen an allen beruflichen Schulen:

Wir sind für Sie da – unterstützen Sie die Arbeit Ihrer Personalvertreter auch weiterhin. Ich kann Ihnen zusagen, dass das Motto der Personalratswahlen 2006 „Mitbestimmen-Mitwirken-Mitgestalten“ die Leitlinie der Tätigkeit als Hauptpersonalrat sein wird.

*Vielen Dank für Ihr Vertrauen!
Wolfgang Lambl*

Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen Ihre Hauptpersonalräte

Danke an alle,
die uns ihre die Stimme gegeben haben!

Danke an alle,
die wahlgekämpft haben!

Danke an alle,
die in den Wahlvorständen oder als Wahlhelfer gearbeitet haben!

Danke an alle,
die sich als Kandidatin bzw. als Kandidat zur Verfügung gestellt haben!

Danke für Ihr Vertrauen!



Wolfgang Lambl



Horst Hackel

Ihre VLB-Vertreter in den Bezirkspersonalräten:

Oberbayern:	Dr. Elfriede Bärwinkel – Hans Sommerer
Oberfranken:	Klaus Tkotz – Günter Scholz
Oberpfalz:	Martin Krauß – Robert Kölbl
Mittelfranken:	Horst Lochner – Hannelore Gareis
Niederbayern:	Willi Stelzl – Reinhard Küffner
Schwaben:	Alois Rothermel – Astrid Geiger
Unterfranken:	Klaus Wiederer – Wolfgang Lambl

Personalrat werden ist schon schwer – Personalratsarbeit noch viel mehr!“

Hauptpersonalrat schult wieder neu gewählte Personalräte.

An die neu gewählten Personalräte: Einladung zur Grundschulungen Teil I für Personalräte an beruflichen Schulen 2006

Der Hauptpersonalrat und der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) e.V. bieten für neu gewählte **Personalräte zweitägige Grundschulungen Teil I** an.

Wenn Sie an einer dieser Schulungen teilnehmen möchten, melden Sie sich baldmöglichst an.

Da sich erfahrungsgemäß mehr Kolleginnen und Kollegen anmelden als **Teilnehmerplätze (ca. 35)** zur Verfügung stehen, erfolgt die Vergabe der

Plätze nach Eingang der Anmeldung. Die erforderlichen Unterlagen erhalten Sie nach Anmeldung umgehend zugesandt.

Die Schulungen sind mit KMS II.5 – 5 P 9008-7.115792 vom 03. 11. 2005 genehmigt.

Als genehmigte Schulungsveranstaltung werden die anfallenden Kosten auf Antrag durch den Dienstherrn/Arbeitgeber ersetzt.

Dienstbefreiung ist zugesagt, soweit nicht wichtige dienstliche Gründe entgegenstehen.

Mit der Bestätigung Ihrer Anmeldung erhalten Sie genauere Angaben über den Tagungsort und -ablauf.

Termine:

25. 09. bis 26. 09. 2006

Kloster Banz
(Unterfranken-Oberfranken)

10. 10. bis 11. 10. 2006

Wildbad Kreuth
(Niederbayern-Oberbayern)

25. 10. bis 26. 10. 2006

Kloster Banz
(Oberpfalz-Mittelfranken)

14. 11. bis 15. 11. 2006

Wildbad Kreuth
(Schwaben-Oberbayern)

„Bei Bildung den Worten Taten folgen lassen“

Wolfgang Lambl kämpft als Personalrat für die Berufsschulen

Neusäß/Landkreis Augsburg (lig). Ständige Erweiterung der Aufgaben bei sinkendem Personalstand – ein Umstand unter dem auch die Lehrer der beruflichen Schulen zu leiden haben. Im Umfeld der derzeit laufenden Personalratswahlen informierte der stellvertretende Berufsschullehrer-Personalrats-Landesvorsitzende Wolfgang Lambl die Lehrerkollegen aus Schwaben bei einer Veranstaltung in den Beruflichen Schulen Neusäß.

„Wir wollen nicht jammern – es geht darum, die Situation realistisch zu betrachten“, so Lambls Credo. Allerdings habe sein Berufsstand unter dem Streben der Bayerischen Staatsregierung nach einem ausgeglichenen Haushalt gelitten. Trotz einer Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit im Jahr 2004 um eine Unterrichtsstunde, der Einführung eines verpflichtenden Arbeitszeitkontos im Jahr 2005 und der Streichung von 15 Prozent der Anrechnungstunden müssen die staatlichen beruflichen Schulen in Schwaben mit einer um 8,8 Prozent geringeren Zuweisung an Lehrerstunden, als ihnen zustehen würde, leben“, betonte er.

Vom Gesamtbudget der Unterrichtsstunden mussten im Schuljahr 2005/2006 laut Lambl zunächst fünf Prozent gekürzt werden. So müssten Stunden zusammengelegt werden. Ähnlich verhalte es sich bei den Finanzen: „Das Geld für nebenamtliche Lehrkräfte ist bereits aufgebraucht.“ Für Unterrichtsausfälle wegen Krankheit oder Mutterschutz seien keine ausreichenden Mittel mehr vorhanden. „Dies führt zwangsläufig zu weiterem Unterrichtsausfall“, betonte auch Jürgen Wunderlich, der Leiter der Beruflichen Schulen Neusäß.

Auch bei der Fachoberschule sei die perso-

nelle Besetzung schwierig, räumte Wunderlich ein. „Es gibt zu wenige Planstellen – wir bräuchten insgesamt ein Stammpersonal, das etwas über den unbedingt erforderlichen Unterricht hinaus machen könne, beispielsweise Schultheater oder eine Schülerzeitung.“

Es gehe wirklich nicht ums Jammern. Doch Wolfgang Lambl sieht die Bayerische Staatsregierung hier in der Pflicht: „Wenn man ständig betont, die Bildung habe Priorität, dann muss man den Worten auch Taten folgen lassen.“ Vor allem die beruflichen Schulen seien betroffen: „Denn wir sind die heterogenste Schulart mit breit gefächerten und spezialisierten Unterrichtsangeboten und auch den Schülern mit der unterschiedlichsten Ausbildungsgrundlagen: von Schülern ohne Abschluss bis zu Gymnasiasten.“

„Unter Beobachtungsdruck“

Anders als bei den Kollegen anderer Schularten treffe man Berufsschullehrer auch regelmäßig an Nachmittagen in der Schule an. „Dabei stehen wir über die verschiedenen Prüfungen auch unter permanentem Beobachtungsdruck“, so Lambl. Den jeweiligen Ausbildungsunternehmen sei sehr daran gelegen, dass das Angebot der Schule und damit auch das Know-How der Lehrer immer auf dem aktuellsten Stand sei. „Die immer neuen Spezialisierungen und Aufgliederungen in weitere Lehrberufe stellen uns da vor ständig neue Herausforderungen.“ Ein Beispiel für einen neuen Lehrberuf sei ab kommendem Jahr die „Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice“, Lambl: „Der Gipfel dieser Entwicklung wäre der ‚Döner-Kaufmann‘.“

Ein nachteiliger Nebeneffekt sei die dadurch verstärkte Spezialisierung. „In Zeiten, in denen im Berufsleben immer mehr Flexibilität gefordert wird, ist dies keine gesunde Entwicklung, da die Absolventen nicht mehr vielseitig einsetzbar sind.“ Der Personalrat soll nun, wenn er solche Entwicklungen schon nicht verändern kann, wenigstens beratend eingreifen, wenn im Ministerium neue Entwicklungen festgelegt werden.



Wolfgang Lambl

Tarifabschluss mit der TdL:

Einigung im längsten Tarifkonflikt seit 80 Jahren

Verhandlungen seit September 2005, Streik seit Februar 2006 und dann am 18./19. Mai 2006 ein Tarifmarathon über 30 Stunden: Der TVöD für die Länder (TV-L) war bis zum Ende schwer umkämpft. „Die Kompromissfähigkeit beider Seiten wurde auf eine schwere Probe gestellt“, kommentierte der sichtlich erleichterte Chef der dbb tarifunion, Frank Stöhr, das Ergebnis.

Für die Beschäftigten der Länder gilt ab 1. November 2006 eine neue Entgelttabelle. In ihr sind die ehemaligen Tabellen für Arbeiter und Angestellte vereinigt. Die Tabelle wird durchlässiger, die Bezahlung vor allem für Jüngere attraktiver. Die bisherigen Lebens- oder Dienstaltersstufen werden durch sechs Erfahrungsstufen ersetzt. Die vorhandenen Beschäftigten werden betragsmäßig in die neue Tabelle übergeleitet. Mit dieser Tabelle ist es gelungen, die bisherige Bezahlung der Angestellten aus Grundvergütung, Ortszuschlag und Allgemeiner Zulage bzw. den Monatstabellenlohn betragsmäßig zu sichern.

Zusätzlich zur neuen Tabelle erfolgt zukünftig eine leistungsorientierte Bezahlung, beginnend mit einem Prozent ab 2007. Damit werden die Einkommensbedingungen der Beschäftigten im Länderbereich denen ihrer Kolleginnen und Kollegen beim Bund und bei den Kommunen wieder entsprechen.

Einmalzahlungen

Die Beschäftigten erhalten für die Jahre 2006 und 2007 folgende Einmalzahlungen:

Juli 2005

E 1 bis E 8 150 Euro
E 9 bis E 12 100 Euro
E 13 bis E 15 50 Euro

Januar 2007

E 1 bis E 8 310 Euro
E 9 bis E 12 210 Euro
E 13 bis E 15 60 Euro

September 2007

E 1 bis E 8 450 Euro
E 9 bis E 12 300 Euro
E 13 bis E 15 100 Euro

Im Jahr 2008 gibt es eine lineare Anhebung von 2,9 % (1. Januar)

Jahressonderzahlung

Die Jahressonderzahlung, die das bisherige Urlaubs- und Weihnachtsgeld vereint, wird in Zukunft dynamisiert. Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis bereits am 30. Juni 2003 bestanden hat, erhalten in den Entgeltgruppen

E 1 bis E 8 95 %
E 9 bis E 11 80 %
E 12 bis E 13 50 %
E 14 bis E 15 35 %

des in den Kalendermonaten Juli, August und September gezahlten durchschnittlichen monatlichen Entgelts. Im Jahr 2006 wird zusätzlich noch das „alte“ Urlaubsgeld gezahlt. Beschäftigte, die nach dem 30. Juni 2003 eine abweichende arbeitsvertragliche Regelung vereinbart haben, werden an diese Tabellenwerte heran geführt. Im Jahr 2006 erhalten sie den Betrag, der arbeitsvertraglich verein-

bart war, mindestens den Betrag zum Stichtag 19. Mai 2006.

Arbeitszeit

Künftig wird es eine nach Ländern differenzierte Arbeitszeit geben. Die neue Arbeitszeit wird wie folgt ermittelt: Für jedes einzelne Bundesland wird zum Stichtag 1. Februar 2006 die tatsächliche Arbeitszeit festgestellt. Die Differenz zwischen dieser tatsächlichen Arbeitszeit aller Länderbeschäftigten (ohne Lehrerinnen und Lehrer) zur vereinbarten tariflichen Arbeitszeit wird bei bis zu 0,4 Stunden Unterschied verdoppelt und zu der bislang vereinbarten Arbeitszeit addiert. Sofern die Differenz größer als 0,4 Stunden ist, wird die tatsächliche Arbeitszeit lediglich um 0,4 Stunden erhöht. Das führt im Ergebnis zu einer Erhöhung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für Beschäftigte, die vor April 2004 eingestellt wurden, und zu einer Arbeitszeitverkürzung für alle Neubeschäftigten.

In Bayern wird die neue durchschnittliche Arbeitszeit bei 39,73 Stunden liegen. Da bei bestimmten Beschäftigtengruppen (z.B. Krankenhäuser, Straßenmeistereien) die wöchentliche Arbeitszeit bei 38,5 Stunden bleibt, erhöht sich die Arbeitszeit für die anderen Beschäftigten. Für Lehrer wird es gesonderte Regelungen geben. <

Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
		nach einem Jahr	nach drei Jahren	nach sechs Jahren	nach zehn Jahren	nach 15 Jahren
15	3.384	3.760	3.900	4.400	4.780	
14	3.060	3.400	3.600	3.900	4.360	
13	2.817	3.130	3.300	3.630	4.090	
12	2.520	2.800	3.200	3.550	4.000	
11	2.430	2.700	2.900	3.200	3.635	
10	2.340	2.600	2.800	3.000	3.380	
9	2.061	2.290	2.410	2.730	2.980	
8	1.926	2.140	2.240	2.330	2.430	2.493
7	1.800	2.000	2.130	2.230	2.305	2.375
6	1.764	1.960	2.060	2.155	2.220	2.285
5	1.688	1.875	1.970	2.065	2.135	2.185
4	1.602	1.780	1.900	1.970	2.040	2.081
3	1.575	1.750	1.800	1.880	1.940	1.995
2	1.449	1.610	1.660	1.710	1.820	1.935
1	Je 4 Jahre	1.286	1.310	1.340	1.368	1.440

Bayern passt Lehrerbildung an europäisches Bachelor-Master-System an

Schneider: „Neue Lehrerbildung sichert hohe Qualität der Ausbildung“

Bayern modernisiert die Lehrerbildung und passt die Studiengänge für das Lehramt an das europaweite Bachelor-/Master-System an. Das bewährte bayerische Staatsexamen als Abschluss des Lehramtsstudiums und als Voraussetzung für die Unterrichtung der Kinder an den Schulen bleibt weiterhin erhalten. Kultusminister Siegfried Schneider: „Mit der neuen Lehrerbildung erhalten die Studierenden mehr Flexibilität sowohl bei der Wahl der Studiengänge als auch beim Wechsel an eine andere deutsche oder europäische Hochschule. Gleichzeitig sichern wir über das Staatsexamen die anerkannt hohe Qualität der bayerischen Lehrerausbildung ab. Schüler und Eltern in Bayern können sich darauf verlassen, dass in Bayerns Klassenzimmern mit großer fachlicher und pädagogischer Kompetenz unterrichtet wird.“

Die vom Kabinett beschlossene Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes umfasst folgende Fixpunkte:

Das Lehramtsstudium wird wie bei Bachelor-/Master-Studiengängen in so genannte Module, thematisch abgeschlossene Lehreinheiten von ein bis zwei Semestern, unterteilt. Die einzelnen Module schließen jeweils mit einer Prüfung ab.

Das Lehramtsstudium wird mit einem Leistungspunktesystem (Credit-Point-System) versehen. Jedem Modul wird eine bestimmte Anzahl von Leistungspunkten zugeordnet, die national und international übertragbar sind.

Von Anfang an umfasst das Lehramtsstudium sowohl die Fachwissenschaften als auch die Fachdidaktik, die Erziehungswissenschaften und Schulpraktika.

Das Lehramtsstudium schließt mit der Ersten Lehramtsprüfung ab, die aus zwei Teilen besteht: aus den Ergebnissen der Modulprüfungen während des Studiums und aus dem Ersten Staatsexamen. Dabei macht das Staatsexamen mindestens 60 Prozent der Note aus.

Kultusminister Schneider betonte, mit der neuen Struktur der Lehrerbildung schaffe Bayern die volle Kompatibilität von Lehramtsstudiengängen und Bachelor-/Master-Studiengängen. Insbesondere erleichtere die Anpassung von Bachelor-/Master- und Lehramtsstudiengängen Lehramtsstudenten den Erwerb eines akademischen Grades. Bei entsprechenden Studien- und Prüfungsleistungen können die Hochschulen die Titel „Bachelor“ und „Master“ auch an Lehramtsstudenten verleihen. Ein aufwändiges „Parallelstudium“ kann damit entfallen. Mit seinem Festhalten am Staatsexamen stelle der Frei-

Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Problem

1. An den bayerischen Universitäten finden derzeit umfassende Umstrukturierungen statt. Zum einen erfolgt die Umstellung der bisherigen Diplom- und Magister-Studiengänge auf ein zweistufiges System gemäß der Erklärung von Bologna der Europäischen Bildungsminister im Jahr 1999 zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums. In Deutschland werden damit die Abschlüsse „Bachelor“

staat sicher, dass die Studierenden bestmöglich auf ihre spezifischen Aufgaben als Lehrkräfte an den Schulen vorbereitet werden. Auch künftig sei nun die Vergleichbarkeit des Ausbildungsniveaus der Absolventen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen gesichert, so Schneider. Insbesondere könnten die pädagogischen und didaktischen Spezifika der einzelnen Schularten weiterhin angemessen berücksichtigt werden. Schneider sagte, er erwarte sich von der Modularisierung der Studiengänge auch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten. Schneider: „Die Neuorganisation des Studiums mit thematisch klar definierten Lehreinheiten führt zu einem strafferen Studienverlauf. Sie macht eine Angleichung der tatsächlichen und der Regel-Studienzeiten möglich – zum Vorteil der Studierenden, die damit schneller zum Abschluss gelangen können.“

Die Regelstudienzeiten für das Lehramt in Bayern bleiben auch nach der Anpassung an das Bachelor-/Master-System erhalten, sie umfassen für die Grund-, Haupt- und Realschulen 7, für die Gymnasien, beruflichen Schulen und Förderschulen 9 Semester. Für die Umstellung auf die neue Lehrerausbildung erhalten die Hochschulen eine Übergangsfrist bis zum Sommersemester 2009. *Pressemitteilung KM*

ter-Studiengängen ausgestaltet. Zum anderen erfolgt eine Profilbildung an den Universitäten, verbunden mit einer Straffung des Hochschulwesens und Konzentration des Angebots mit dem Ziel der Effizienzsteigerung in Forschung und Lehre.

Da die erste Phase der Lehrerbildung in Form eines Hochschulstudiums durchlaufen wird, sind die Lehramtsstudiengänge von diesen Veränderungen berührt. Eine Parallelführung herkömmlicher Studiengänge neben den Bachelor-/Master-Studiengängen ist nicht leistbar. Eine Zusammenführung der Ziele eines Lehramtsstudiums mit den Zielen der Bologna-Erklärung ist somit erforderlich.

2. Ein Ersatz der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen durch die neuen, ausschließlich von der Hochschule zu verleihenden Abschlüsse von Bachelor-/Master-Studiengängen erfolgt in Bayern nicht.

Staatsprüfungen ermöglichen die mittelbare Einflussnahme des Staates auf die Studieninhalte, die andernfalls der grundgesetzlich garantierten Freiheit von Forschung und Lehre unterliegen. Aus bayerischer Sicht ist die Regelungsmöglichkeit der Inhalte der Lehramtsstudiengänge über eine Staatsprüfung aus sachlichen und beamtenrechtlichen Gründen unbedingt geboten.

Künftige Lehramtsstudiengänge müssen daher

- weiterhin die wissenschaftlichen Grundlagen für die praktische Ausbildung im Referendariat und damit für eine spätere erfolgreiche Berufsausübung gewährleisten,
- auf die Spezifika der einzelnen Schularten ausgerichtet sein,
- ein vergleichbares Ausbildungsniveau der Absolventen des jeweiligen Studiengangs landesweit garantieren,
- kompatibel zu Bachelor-/Master-Studiengängen sein,
- Profilbildung an den Universitäten ermöglichen und Gestaltungsräume eröffnen,
- international „anschlussfähig“ sein.

Lösung

Die Struktur der Bachelor-/Master-Studiengänge wird mit der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen wie folgt verbunden:

- Das Lehramtsstudium wird wie bei Bachelor-/Master-Studiengängen modularisiert. Die Module umfassen thematisch abgeschlossene Lehrereinheiten von ein bis zwei Semestern Umfang. Die Module schließen mit einer Modulprüfung ab. Damit wird die Kompatibilität zu Bachelor-/Master-Studiengängen erreicht. Die Modularisierung führt auch zu einem strafferen Studienverlauf, so dass eine Angleichung der tatsächlichen an die Regel-Studienzeiten erfolgt. Damit wird die tatsächliche Ausbildungsdauer gesenkt.
- Das Lehramtsstudium wird mit einem Leistungspunktesystem (Credit-Point-System) versehen. Jedem Modul ist eine bestimmte Anzahl von Leistungspunkten zugeordnet, die den dafür benötigten Arbeitsaufwand des Studierenden angeben (ca. 30 Arbeitsstunden = 1 LP lt. KMK-Vereinbarung). Mit Bestehen der Modulprüfung erhält der Studierende die Leistungspunkte „gutgeschrieben“. Leistungspunkte sind transferierbar – auch international. Damit wird die Mobilität der Studierenden und der Wechsel zwischen Studiengängen, aber auch Studienorten erleichtert – ein weiterer Beitrag zur Kompatibilität mit Bachelor-/Master-Studiengängen.
- Das Lehramtsstudium umfasst von Anfang an die Bereiche Fachwissenschaften, Fachdidaktik, Erziehungswissenschaften und Schulpraktika. Eine „konsekutive“ Struktur im Sinne einer zeitlichen Trennung in einen fachwissenschaftlichen und einen erziehungswissenschaftlichen Teil ist für eine auf Professionalität abzielende Lehrerausbildung kontraproduktiv. Notwendig ist eine Verzahnung dieser einzelnen Bereiche.
- Für die Inhalte der Ersten Staatsprüfung werden Kerncurricula erarbeitet.

- Am Ende eines Lehramtsstudiums steht die Erste Staatsprüfung als Teil der Ersten Lehramtsprüfung: Die Erste Lehramtsprüfung besteht künftig aus zwei Teilen:
- einem universitären Prüfungsteil – den studienbegleitend abzulegenden Modulprüfungen – und
- der Ersten Staatsprüfung, d.h. Prüfungen unter staatlicher Aufsicht.

Die Erste Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen konzentriert sich künftig auf den Bereich, über den der Staat inhaltlich die größte Kontrolle hat – das sind die schriftlichen Prüfungen mit zentraler Themenstellung. Darüber hinaus ist aber aus fachlichen Gründen weiterhin die Durchführung von mündlichen und praktischen Prüfungen unter staatlicher Aufsicht z. B. im Bereich der Fremdsprachen, des Sports und der künstlerischen Fächer geboten. Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen ergeben sich aus den Kerncurricula. Das Staatsministerium legt die Zulassungsvoraussetzungen für die Erste Staatsprüfung fest, z. B. durch Nachweise einer bestimmten Anzahl von Leistungspunkten aus bestimmten Bereichen.

Die einzelnen Fachnoten der Ersten Lehramtsprüfung werden zu 60 Prozent aus den Leistungen in der Staatsprüfung und zu 40 Prozent aus den Leistungen in den universitären Modulprüfungen gebildet. In das Gesamtergebnis fließt zusätzlich noch die Note der schriftlichen Hausarbeit mit ein, die ebenfalls ein Bestandteil der Staatsprüfung ist. Der Anteil der Ersten Staatsprüfung am Gesamtergebnis liegt somit bei leicht über 60 Prozent.

- Lehramtsstudierende können einen Bachelor-Abschluss erwerben.

Gemäß den KMK-Vereinbarungen kann nach einem Studium mit einer Regelstudienzeit von 3 – 4 Jahren, das zu einem ersten berufsqualifizierendem Abschluss führt, bei Erreichen der erforderlichen Zahl von Leistungspunkten von den Hochschulen ein Bachelorgrad verliehen werden. Damit können auch Lehr-

amtsstudierende in ihrem Studiengang einen akademischen Grad erwerben, ohne ein „Parallelstudium“ wie bisher führen zu müssen. Der Bachelor-Abschluss qualifiziert weder für den Zugang zum Vorbereitungsdienst noch für eine andere schulische Tätigkeit als Lehrkraft, sondern verleiht eine Qualifikation für die außerschulische Arbeitswelt (Polyvalenz).

Für Lehramtsstudiengänge ist eine dreijährige Studiendauer für keines der Lehramter ausreichend. Die bisherigen Regelstudienzeiten von 7 (Lehramter an Grund-, Haupt- und Realschulen) bzw. 9 (Lehramter an Gymnasien, beruflichen Schulen, Sonderschulen) Semestern werden beibehalten. Damit ist auch die Chance gewahrt, einen Master-Abschluss mit vertretbarem Aufwand erwerben zu können.

Mit der Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes werden die Voraussetzungen für die Umsetzung der Beschlüsse des Bayerischen Landtags vom 21. April 2005 zur Reform der Lehrerbildung im Zeichen des Bologna-Prozesses geschaffen.

Änderungsbedarf ergibt sich ferner durch die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Abl. EG Nr. L 255 S. 22). Durch diese Richtlinie wurden u. a. die Richtlinien 89/48/EWG und 92/51/EWG aufgehoben, die bisher die Anerkennung der Befähigung von Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften ein Diplom erworben haben, das eine Ausbildung für den Beruf des Lehrers abschließt, geregelt haben. <

8. Berufsbildungskongress – der Kongressort stellt sich vor:

Memmingen – eine Stadt mit Perspektiven



Das Renaissance-Rathaus erhält 1589 seine endgültige Architektur mit dem geschwungenen Giebel, den zwei Erkertürmchen und dem Erkervorbau, der in den Hauptturm übergeht.

Von einer kleinen Siedlung in spätrömischer Zeit entwickelt sich Memmingen zur Freien Reichsstadt, zur urbanen Perle im schwäbisch-bayerischen Voralpenland. Marktrecht und Wappen legen den Grundstein dafür, dass die Memminger Bürger erfolgreich spätes Mittelalter und beginnende Neuzeit mitgestalten können. Das städtische Selbstbewusstsein macht die Stadt Anfang des 16. Jh. zum Zentrum der Reformation, auch die erste Menschenrechtserklärung Europas wird hier in den 12 Bauernartikeln verfasst. Die architektonischen Meisterwerke bezeugen noch heute die wirtschaftliche und kulturelle Blüte der mittelalterlichen Handelsstadt. Ihr Aufschwung wird erst im 30-jährigen Krieg beendet: Memmingen verliert in den folgenden 200 Jahren an Einfluss. Anfang des 19. Jahrhunderts wird dann die Freie Reichsstadt bayerisch. 50 Jahre später nehmen die Memminger ihr Glück wieder selbst in die Hand und finanzieren den Bau der Eisenbahn. So schafften sich die Memminger damals wie

heute neue Perspektiven – um die Zukunft der Stadt gemeinsam zu gestalten.

Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger weist gern darauf hin, dass Memmingen am Tor zum Allgäu liegt und als Oberzentrum Mittelschwabens einen Einzugsbereich von über 250.000 Einwohnern im Süden der grenzüberschreitenden Region Donau-Iller hat. Sie wirkt mit ihren Einrichtungen und sozio-ökonomischen Strukturen weit über die Stadt- und Landkreisgrenzen hinaus auch in das benachbarte Gebiet des Landes Baden-Württemberg hinein.

Die optimale Lage an einem der beiden wichtigsten Autobahnkreuze Schwabens, der Kreuzung der A 7 (Hamburg-Füssen) und der A 96 (München-Schweiz), und dem Eisenbahnknotenpunkt der Hauptstrecken München-Zürich und Norddeutschland-Allgäu, ergänzt die günstigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsraumes Memmingen-Unterallgäu. Hinzu kommt noch der Allgäu Airport Memmingen in Memmingerberg

der ab Ende August 2006 seine regelmäßige Charterverbindung ab Dortmund aufnimmt. Mit dem Allgäu Airport Memmingen ist nunmehr eine Anbindung an den nationalen und internationalen Flugverkehr möglich.

Memmingen, die Stadt der Tore und Türme, Giebel und Fassaden hat heute ca. 42.000 Einwohner. Durch die Jahrhunderte konnte sie ihr schönes mittelalterliches Stadtbild erhalten. Die historische Altstadt bietet neben vielen reizenden und idyl-

landen, Muscheln und Akanthusblättern und Fresken von Johann Friedrich Sichelbein machen einen Besuch in dem ehemaligen Kirchenschiff zu einem beeindruckenden Erlebnis. Zu einem Rundgang laden die beiden Museen der Stadt, das Städtische Museum im Hermansbau und das Strigel- und Antonitermuseum im Antonierhaus ein. Das Antonierhaus war einst Wohnort und Hospital des Antoniterordens und zählt zu den ältesten erhaltenen Anlagen des Ordens über-

Passende fürs leibliche Wohl. Museen, Ausstellungen und Theater präsentieren eine breite Palette an interessanter Unterhaltung. Der reichgefüllte Festkalender mit Fischertag, Kinderfest, Stadtfest, Wallenstein-Sommer, Memmingen blüht, Jahrmarkt oder Christkindlesmarkt lädt Bürger und Gäste zum Feiern ein. Auch die moderne Seite kommt in Memmingen nicht zu kurz. Eine einladende Fußgängerzone, viele Fachgeschäfte und Kaufhäuser runden das Bild einer Stadt ab, in der man sich einfach wohl fühlt.

Die kreisfreie Stadt Memmingen ist Oberzentrum, dies wird im Bereich der Wirtschaft besonders deutlich. So ist die Stadt mit ihren Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben täglich das Ziel von ca. 14.000 Einpendlern, die ihrer Arbeit nachgehen oder die Angebote der attraktiven Einkaufsstadt nutzen. Grundlage für die positive Entwicklung der letzten Jahre ist die ausgewogene mittelständische Struktur mit leistungsfähigen Unternehmen, der sehr günstige Standort an Straße und Schiene sowie eine erfolgreiche Kommunalpolitik mit gezielten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Mit Verleihung des Bayerischen Qualitätspreises 2004 durch den Bayerischen Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu und durch Innenminister Dr. Günther Beckstein wurde dem Rechnung getragen.

Memmingen als starker Wirtschaftsstandort hat eine leistungsfähige Industrie – 46 Betriebe mit 7.488 Beschäftigten (Stand 2004). Das vielseitige Einzelhandelsangebot entspricht der Funktion eines Oberzentrums.

Die Stadt Memmingen hat durch vorausschauende Grundstücks politik und Planung ihr Industriegebiet Nord am Schnittpunkt der Autobahnen A 7 und A 96 kontinuierlich entwickelt und auf einer Fläche von ca. 300 ha mit erheblichem Aufwand eine bedarfsgerechte moderne Infrastruktur geschaffen. Mit Unterstützung der Stadt Memmingen und Förderung durch den Freistaat Bayern haben sich dort namhafte Firmen niedergelassen bzw. konnten dorthin ausgelagert werden.



Schon 1258 wird die vermutlich älteste Pfarrkirche Memmingens „Unsere Frauen“ zum ersten Mal erwähnt. Ihre gut erhaltenen Fresken aus spätgotischer Zeit zählen zu den herausragenden Kunstdenkmälern Süddeutschlands.



Die imposante Vierflügelanlage des Antonierhauses zählt zu den ältesten Gebäuden des Antoniterordens.

lischen Plätzen auch viele Sehenswürdigkeiten. Ehrwürdige Kirchen wie die von St. Martin mit einem der großartigsten gotischen Chorgestühle Deutschlands oder die Frauenkirche mit Malereien der Familie Strigel aus dem 15. Jahrhundert erfreuen jeden Kulturliebhaber. Die neu restaurierte Kreuzherrnkirche stellt ein Juwel an der Oberschwäbischen Barockstraße dar. Wertvoller Wessobrunner Stuck von Matthias Stiller mit Gir-

haupt, Siebendächerhaus und Marktplatz mit Rathaus, Steuerhaus und Großzunft als städtebauliche Einheit sind nur einige weitere Anziehungspunkte. Abgerundet wird das Angebot durch die neu geschaffene Kunsthalle in einem denkmalgeschützten Gebäude.

Neben Sehenswürdigkeiten und lauschigen Plätzen bietet Memmingen mit über 150 Gaststätten, Restaurants, Cafés oder Weinstuben für jeden das



Wenn ich Lebensfreude versichern könnte:

Die Dienst-/Berufsunfähigkeitsversicherung der DBV-Winterthur

Sichern Sie sich gegen das Dienst-/Berufsunfähigkeitsrisiko ab und sorgen Sie rechtzeitig für das Alter vor.

Laut der Zeitschrift „FINANZtest“ (Ausgabe Juli 2005) gehört die DBV-Winterthur mit ihrer Dienstunfähigkeitsklausel zu den besten Anbietern Deutschlands!

Wir sind für Sie da!

Übrigens: Das dbb vorsorgewerk empfiehlt die DBV-Winterthur!

DBV-Winterthur Versicherungen
Frankfurter Straße 50
65178 Wiesbaden
Tel.: 01803 335346*
Fax: 01803 202147*
www.dbv-winterthur.de
*9 Cent/Minute

DBV-winterthur

Auf dem Gebiet nördlich der A 96 sind in den letzten Jahren rund 2000 Arbeitsplätze entstanden. Insgesamt gibt die diversifizierte und vor allem mittelständische Struktur Memmings über 25.000 Menschen Arbeit.

Memmingen als kulturelles Zentrum ist Sitz des Landestheaters Schwaben und bietet ein reichhaltiges Angebot auch für verwöhnte Ansprüche. Die Memminger Kultur-Landschaft blüht in allen Farben, wozu ehrenamtliches Engagement und städ-

ren, Theater spielen oder in der bildenden Kunst ihren Ausgleich finden, stehen neben den professionellen Angeboten, die über das ganze Jahr verteilt national und international renommierte Künstler in die Stadt bringen. Herausragende Orgeln in den großen Gotteshäusern verleihen der Kirchenmusik den gleichen Stellenwert wie ihn Klassik und Jazz durch vielbeachtete Meisterkonzerte erlangen. Das gesprochene Wort findet seinen Platz nicht nur auf den Brettern

Mit 8 Volksschulen, einem sonderpädagogischen Förderzentrum, einer Realschule und zwei Gymnasien wird ein entsprechendes Schulangebot vorgehalten das durch weitere 9 berufliche Schulen ergänzt wird. Die Städtische Sing- und Musikschule, sowie die Städtische Volkshochschule runden das Schulangebot im Bereich der musikalischen Erziehung, sowie im Bereich der Erwachsenenbildung ab. Desweiteren stehen in Memmingen zahlreiche weitere Bildungseinrichtungen unterschiedlicher Trägerschaften zur Verfügung. Mit der Notker-Schule verfügt die Stadt zusätzlich über eine private Schule für geistig Behinderte.

Ab Oktober 2006 wird in Zusammenarbeit mit dem Steinbeis Career Center Berlin ein Hochschulinstitut in Memmingen angesiedelt, das begabten jungen Nachwuchskräften der regionalen Wirtschaft ein international anerkanntes Bachelor-Studium mit dem Schwerpunkt Business und Engineering ermöglicht.

Die Stadt Memmingen bietet Sportlern und allen, dies sich gerne bewegen, zahlreiche Möglichkeiten für die aktive Freizeitgestaltung. In der Stadt kann man Tennis, Squash oder Badminton spielen, im beheizten Freibad oder Hallenbad schwimmen, in der Wassertretanlage kneipen, in verschiedenen Tanzclubs neue Schrittfolgen üben oder sich in der Memminger Eissporthalle die Schlittschuhe anschnallen. Zweimal in der Woche ist in Memmingen Radlertreff, zu dem alle Gäste und Bürger herzlich eingeladen sind. Für Reiter steht ein großzügiges Reitwegenetz rund um Memmingen zur Verfügung, zwei Golfplätze in nächster Umgebung spornen an, das Handicap weiter zu verbessern. Markierte Wanderwege laden zu Wandertouren ein, Trimpfpfade und Nordic Walking Strecken in den Wäldern rund um die Stadt helfen die Fitness zu verbessern. Auch Badeseen und Freizeitbäder finden sich in der näheren und weiteren Umgebung. <

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe von VLB-akzente über die beruflichen Schulen in Memmingen.

Das Siebendächerhaus diente den Gerbern zum Trocknen ihrer Felle und Häute. Es gehört zu den sieben Wahrzeichen Memmings, die die Handwerksburschen kennen mussten – als Beweis ihrer Tätigkeit in der Stadt.



tische Trägerschaft in gleichem Maße beitragen. Das Landestheater Schwaben, die Museen der Stadt, Galerien und Ausstellungen, Kulturzentrum „Kaminwerk“, Konzertreihen und Festivals, die Programme der Kirchen, Vereine und freien Kulturträger, sie alle eröffnen neben den historischen Kunstschatzen ein vielseitiges kulturelles Spektrum, das für jeden Kunstliebhaber und Kulturbesesserten etwas bereit hält.

In der Memminger Kulturszene gilt die Variation. Eine Vielzahl von Laiengruppen, die gemeinsam musizie-

des Landestheaters Schwaben, sondern auch auf einer traditionsreichen Kleinkunsthöhle sowie bei Lesungen in den Bibliotheken, Buchhandlungen und Sälen der Stadt.

Den Memmingern sind Ihre Künstler und Künstlerinnen auch einen Preis wert. Seit 1977 wird regelmäßig der „Memminger Kulturpreis“ vergeben. Er belohnt das künstlerische Engagement in und für Memmingen, seine Namensliste belegt das breite Memminger Kulturleben, vom Theater über die Musik bis zur bildenden Kunst.

Ergebnisse von Unterrichtsbeobachtungen während der Schulpraktischen Übungen:

Unterrichtsmethoden in der kaufmännischen Unterrichtspraxis

JÜRGEN SEIFRIED, LUDWIG GRILL UND MELANIE WAGNER¹

Ausgangslage

Ungeachtet der vielfach diskutierten Ergebnisse von TIMSS und PISA weiß man noch immer nur wenig darüber, wie Lehrkräfte ihren Unterricht gestalten. Dies gilt umso mehr für die berufliche Bildung. Dort hat zwar eine Untersuchung von Pätzold et al. (2003) etwas Licht ins Dunkel gebracht, nach wie vor ist jedoch offen, inwieweit der Methodeneinsatz beispielsweise in Abhängigkeit von Lerninhalten variiert. Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Beobachtung von über 1000 Unterrichtsstunden an 23 kaufmännischen Schulen dargestellt, die von Bamberger Studierenden der Wirtschaftspädagogik während der vierwöchigen Schulpraxisphase zu Beginn des Schuljahrs 2005/06 durchgeführt wurde².

Empirische Befunde Stichprobe

Von den beobachteten Unterrichtssequenzen entfielen 48 Prozent auf Einzel- und 40 Prozent auf Doppelstunden. Die verbleibenden 12 Prozent der Unterrichtsstunden waren zu drei- bis fünfstündigen Einheiten geblockt. Die Aufzeichnung der Unterrichtsstunden bzw. -einheiten erfolgte mit Hilfe eines standardisierten Beobachtungsrasters und wurde minutengenau vorgenommen. Außerdem wurde dabei zwischen folgenden Unterrichtsmethoden unterschieden: Frontalunterricht, Einzelarbeit, Partnerarbeit, Gruppenunterricht, Fallstudie, Planspiel, Rollenspiel und Projektunterricht. Zudem wurde zwischen Brutto- und Nettounterrichtszeit differenziert und z.B. Wegezeiten der Lehrkräfte, Klassenbucheintragungen etc.

getrennt erfasst. Dabei ergab sich ein durchschnittlicher Organisationsaufwand pro 45-minütiger Unterrichtsstunde von knapp sechs Minuten und somit eine durchschnittliche Nettounterrichtszeit von 39 Minuten.

Ergebnisse der Unterrichtsbeobachtung

Die Unterrichtsbeobachtung gibt deutliche Hinweise auf das Vorherrschen des Frontalunterrichts, wobei die Verwendung der Unterrichtsmethoden in Abhängigkeit vom Lerninhalt variiert. Im Mittel werden fast 80 Prozent der Unterrichtszeit für die Kombination von Frontalunterricht und Einzelarbeit verwendet. Hinsichtlich der handlungsorientierten Unterrichtsmethoden, nimmt die Gruppenarbeit mit 10 Prozent eine herausragende Position ein. Der Einsatz von Fallstudien sowie Plan- und Rollenspielen scheint in kaufmännischen Schulen dagegen nur vereinzelt aufzutreten. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Unterrichtsbeobachtungen.

Betrachtet man die einzelnen Fächer bzw. Lerninhalte, so werden er-

wartungsgemäß deutliche Unterschiede sichtbar. Im Rechnungswesenunterricht kommt dem fragend-entwickelnden Frontalunterricht eine erheblich größere Bedeutung zu als bei Lerninhalten der Betriebswirtschaftslehre. Gleiches gilt für die Einzelarbeit, die insbesondere im Rahmen von Übungsphasen zum eigenständigen Einüben von Buchungssätzen herangezogen wird. Im Unterschied hierzu werden Gruppenarbeit sowie Projektunterricht signifikant häufiger in der Betriebswirtschaftslehre eingesetzt. Der Informatikunterricht wiederum zeichnet sich durch ein hohes Ausmaß an Schülerorientierung aus, auf Einzel-/Partnerarbeit entfallen ca. 45 Prozent der Nettounterrichtszeit.

Bei der Analyse des Methoden-Einsatzes in Abhängigkeit vom Geschlecht der Lehrpersonen lassen sich signifikante Unterschiede feststellen. Weibliche Lehrkräfte unterrichten im Mittel ca. 48 Prozent der Netto-Un-

¹ Dr. Jürgen Seifried ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Lehrstuhlinhaber: Prof. Dr. Detlef Sembill). Ludwig Grill und Melanie Wagner sind Studierende der Wirtschaftspädagogik mit Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik und haben im Rahmen des Seminars „Schulpraktische Übungen“ maßgeblich bei der Auswertung der Daten der Unterrichtsbeobachtung mitgewirkt.
² Unser Dank geht an alle Studierenden, die bei den Unterrichtsbeobachtungen mitgewirkt haben.

Tabelle 1: Ergebnisse der Unterrichtsbeobachtung (in Prozent der Nettounterrichtszeit, Mittelwerte)

Unterrichtsmethoden	Lerninhalte					Gesamt (n = 1.047)
	BWL (n = 402)	RW (n = 345)	VWL (n = 98)	Recht (n = 63)	IT/DV (n = 139)	
Frontalunterricht	58.4	67.4	74.8	55.6	46.1	61.1
Einzelarbeit	13.5	18.2	12.4	18.7	31.6	17.7
Partnerarbeit	5.3	6.4	4.2	9.8	12.2	6.7
Gruppenarbeit	15.1	6.2	6.7	15.9	3.7	9.9
Fallstudie	0.9	1.2	0.7	0.0	0.0	0.8
Planspiel	0.1	0.4	1.0	0.0	0.0	0.3
Rollenspiel	0.9	0.0	0.1	0.0	0.0	0.4
Projektunterricht	5.7	0.2	0.0	0.0	6.5	3.1

BWL = Betriebswirtschaft, RW = Rechnungswesen, VWL = Volkswirtschaft, IT/DV = Informationstechnologie/Datenverarbeitung

terrichtszeit frontal, männliche Kollegen dagegen 67 Prozent. Das Alter der Lehrpersonen hingegen spielt für den Einsatz von Unterrichtsmethoden keine überzufällige Rolle. Schließlich ist bemerkenswert, dass in Einzelstunden der Anteil des Frontalunterrichts an der Nettounterrichtszeit 70 Prozent, in Doppelstunden noch 56 Prozent und in dreistündigen Unterrichtseinheiten nur noch 47 Prozent beträgt. Die 45-Minuten-Taktung erscheint also ein wichtiger Hinderungsgrund zu sein, der einer Öffnung des Unterrichts entgegensteht. Weiterführende Informationen können Seifried, Grill & Wagner (2006) entnommen werden.

Fazit und Ausblick

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die befragten Lehrkräfte teilweise deutlich mehr Frontalunterricht vorsehen, als dies die Ergebnisse einer von uns durchgeführten Befragung (Seifried 2006) erwarten ließen. Dies könnte zum einen auf die Schwierigkeit zurückzuführen sein, bei einer Befragung das zeitliche Gewicht des Methodeinsatzes zu präzisieren. Zum anderen könnte der Aspekt der sozialen Erwünschtheit bzw. die Gefahr der „selbstdienlichen Verzerrung“ von Lehrerangaben (Clausen 2002, 47) eine Rolle spielen. Trotz der angeführten Einschränkungen ergibt sich bei einer Betrachtung der Rangfolge der Bedeutung der Unterrichtsmethoden im Großen und Ganzen jedoch ein in sich stimmiges Bild. Zudem tritt der Zusammenhang zwischen Lerninhalt und Methodenwahl sowohl bei der Befragung als auch bei der Unterrichtsbeobachtung hervor: Frontalunterricht nimmt unabhängig vom Lerninhalt eine dominierende Rolle ein und wird im Buchführungsunterricht signifikant häufiger eingesetzt als in Wirtschaftslehre. <

Literatur

Clausen, M. (2002): Unterrichtsqualität: Eine Frage der Perspektive? Empirische Analysen zur Übereinstimmung, Konstrukt- und Kriteriumsvalidität, Münster: Waxmann.

Pätzold, G., Klusmeyer, J., Wingels, J. & Lang, M. (2003): Lehr-Lern-Methoden in der beruflichen Bildung. Eine empirische Untersuchung in ausgewählten Berufsfeldern, Oldenburg: Universität Oldenburg.
Seifried, J. (2006): Subjektive Lehr-Lern-Theorien von Handelslehrern. In: Seif-

ried, J. & Abel, J. (Hrsg.): Empirische Lehrerbildungsforschung – Forschungsstand und Perspektiven, Münster: Waxmann (im Druck).

Seifried, J., Grill, L. & Wagner, M. (2006): Unterrichtsmethoden in der kaufmännischen Unterrichtspraxis. Wirtschaft und Erziehung (im Druck).

Fortbildung für Lehrkräfte mit Fächerverbindung Wirtschaft/Englisch:

Eine Koproduktion zwischen Berufsschulen und FOS/BOS

GERTRUD SCHILCHER-FUHRIG

Weiterbildung im Lehrberuf ist notwendig. Veränderungen drängen täglich auf uns herein; das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umfeld ist einem kontinuierlichen Fluss von Neuerungen und Entwicklungen unterworfen. Wie können wir darauf reagieren?

Schulleiter Friedrich Sackmann von der BS Neu-Ulm hat erfolgreich eine Weiterbildung für Lehrkräfte mit der Fächerverbindung Englisch/Wirtschaft für Lehrkräfte von Berufsschulen sowie den Fach- und Berufsober-schulen organisiert und angeboten. Neu hinzugestoßen sind in diesem Jahr Kollegen, die Englisch fachfremd zu unterrichten haben.

Die Vermittlungsmaßnahme wird finanziell großzügig unterstützt durch das EU-Programm Leonardo, welches in der Bundesrepublik Deutschland durch die Agentur InWEnt vertreten ist. Ihr obliegt auch die Auswahl der zu fördernden Projekte, sowie die Zuteilung der finanziellen Förderung. In Eigeninitiative stellt also die Schule den Antrag an InWEnt um Förderung und schließt dann nach Zusage mit der deutschen Agentur einen Vertrag ab, für deren Einhaltung sie garantiert.

Die Schule gab den Antrag auf Förderung von 20 Lehrkräften am 10. Februar 2005 bei InWEnt ab und erhielt in der 20. Kalenderwoche etwa Mitte bis Ende Mai die Zusage. Die Fördergelder standen dann ab dem 1.

Juni 2005 zur Verfügung, so dass die Maßnahme im Herbst vom 27. Oktober 2005 bis zum 4. November 2005 durchgeführt werden konnte. Wir boten den Kurs für 20 Teilnehmer an und die Nachfrage war groß.

Unser Partner war eine private Wirtschaftsakademie, das „European College of Business & Management“. Es wurde vor etwa 20 Jahren auf Initiative der deutsch-britischen Handelskammer in London gegründet. Das College liegt einige Straßenzüge von der City entfernt an der Great Eastern Street, im Stadtteil Hoxton, der zu Hackney gehört, und ist zu Fuß mühelos entweder von der U-Bahn-Station Liverpool Street Station oder Old Street zu erreichen.

Je nach Wunsch können die Beteiligten entweder bei Gastfamilien im Londoner Nordosten, nahe Woodford Station übernachten oder im Oxford Hotel, das von der U-Bahn-Station Lancaster Gate aus zu erreichen ist. Beide Übernachtungsangebote liegen an der Strecke der „Central Line“ und somit sind die wichtigen Punkte in London mühelos ohne umzusteigen zu erreichen.

Die Kursteilnehmer absolvierten ein umfangreiches Angebot, das ein breites Spektrum auf dem Wirtschafts- und Erziehungsbereich in komprimierter Form abdeckte. Wichtige Themen dabei waren: das Bankwesen und dessen historische Hintergründe, die City of London und deren Bedeutung für die Finanzwelt, „The Greater London

Authority“ (die Verwaltung Londons), interkulturelle Beziehungen und Unterschiede, das englische Bildungssystem, insbesondere „Secondary Education“ und universitärer Bereich, Bewerbungen in Großbritannien, Zeitungswesen, London als Geschäftsstandort, Geschäftskorrespondenz.

Durch unseren einwöchigen Aufenthalt in London gewannen wir Einblicke in Tendenzen und Trends, die sich in der Weltmetropole entwickeln. Wir waren für kurze Zeit Besucher bei den verschiedensten Schaltstellen, die in der Geschäftswelt die Entscheidungen mittragen. Dieses Hintergrundwissen in einem authentischen Umfeld dargeboten zu bekommen, ist von unschätzbarem Wert, um dann wiederum in unseren Schulen und Klassenräumen als Multiplikatoren wirken zu können.

Fortbildungsangebote

Eines unserer Themen aus dem Bankwesen lautete: „The Increasing Importance of Marketing in Banking & Financial Service Provisions“. Inwiefern muss auf Kundenbedürfnisse eingegangen werden? Inwiefern haben sich englische Banken hier zu verändern um mit den „Buiding Societies“ konkurrenzfähig zu bleiben. Brauchen Banken ein kräftiges Markenimage wie etwa BMW?

In Kürze und doch mit der notwendigen Gründlichkeit durchliefen wir die Entwicklung des englischen Bildungssystems. Tony Blairs Reformen wurden vorgeführt, die Einrichtung von „Specialist Schools“, die mehr Auswahlmöglichkeiten für den Verbraucher, sprich für Schüler wie Eltern, bieten. Wir sprachen über „League Tables“ und „Exam Boards“, wie EDEXCEL, AQA usw., denen die Autorität übertragen wurde für das Erstellen von Examen verantwortlich zu sein.

Ein weiterer Punkt war der Umgang mit Schülern. Der Engländer sieht den Schüler als Partner, der den Wissensvorsprung des Lehrers einholen muss. Das weicht manchmal von unseren Vorstellungen ab. Davon ausgehend sprachen wir über mehrere Beispiele von „Good Practice“ im Lehrer-Schüler-Verhalten.



Londoner Impressionen.

Aufschlussreich war ein Vormittag, welcher der Wahrnehmung der britischen Geschäftskultur gewidmet war. Braucht nach den Aussagen des Dr. James Bellini eine Firma einen CEO oder eine eigene IT-Abteilung? Wie wichtig ist bei Bewerbungen „emotional added value“?

Wie schreibe ich einen gewinnenden CV, für den sich der Personalmanager etwa 30 Sekunden Zeit nimmt, um ihn zu lesen? Wie antworte ich beim Interview auf die Frage nach meinen Schwächen?

Einige dieser Themen wurden am praktischen Beispiel aufgezeigt. Es fanden folgende Besuche vor Ort statt:

Wir besuchten die University of East London, direkt am City Airport gelegen. Von den dortigen Hörsälen aus überblickt man die einzige Runway des Flughafens, umrahmt vom Wasser der ehemaligen Docks. Der dortige Leiter führte uns in die Aufgaben der erst jüngst erweiterten Universität ein. Zwei Aspekte waren auffallend: Zum einen bekommen Berufe aus dem berufsbildenden Sektor universitären Status, des weiteren wird großer Wert auf Distance Learning und E-Learning gelegt. Die Universität gründet dazu, oft in Zusammenarbeit mit dem British Council, Prü-

fungszentren auf der ganzen Welt. Ein von deutschen Universitäten durchaus abweichendes Konzept.

Ulrich Hoppe, Vorsitzender der German British Chamber of Industry & Commerce, empfing unsere Gruppe zu einem zweistündigen Vortrag. Er sprach über die Art der Unterstützung, die die Kammer deutschen sowie auch englischen Firmen gibt.

Für die Gruppe wurde eine Tour durch die City organisiert. Dadurch gelang uns ein Blick hinter die Fassaden. Man spürte schon vom Architektonischen her gesehen die Gewalt der Finanzwelt. Wie wir erfuhren, befinden sich in London mehr amerikanische Banken als in New York. Insgesamt sind dort 287 ausländische Banken vertreten.

Wir besuchten die City Hall, Headquarters of the Greater London Authority. Wir bekamen eine Powerpoint-präsentation und uns wurde die Verwaltung Londons vorgeführt wie auch deren Schwierigkeiten bei der Bewältigung der immensen Aufgaben. Hier reicht der Rahmen von Kultur über das Verkehrsnetz bis hin zur Müllverwertung. Das Gebäude selbst ist vor zwei Jahren fertiggestellt worden; erbaut von Norman Foster, ähnelt es einem Glasei, das leicht schief in der Erde steckt, mit Neigung hin

zur Themse. Das Design ist umweltfreundlich und durch seine geneigte Kugelform energiesparend. Wärmezufuhr wie Wärmeverlust werden reduziert.

Freizeitangebot

Die Freizeit wurde von einem gerafften Kulturprogramm begleitet. Uns stand ein Wochenende zur Verfügung. Je nach Lust und Laune nahmen die einzelnen Teilnehmer am gemeinsamen Kulturangebot teil oder nicht. Wir fuhren mit dem London Eye (dem Millennium – Riesenrad), nahmen an einer Führung der Tate Modern teil, gingen gleich nebenan in das Globe Theatre, verfolgten eine zweistündige Führung zu den Highlights des Britischen Museums oder verbrachten den Sonntagmorgen bei einer Orchesterbesuche im Brompton Oratory.

Wir schöpften das Theaterangebot des Londoner Westends aus und verbrachten die Abende in Theaterstücken oder Musicals. Die Palette reichte von Shakespeares „Richard II“ über Agatha Christis „Mousetrap“ (Laufzeit des Stückes mittlerweile 53 Jahre!) bis zu „We will rock you“ (Musik der Queens), „Les Misérables“ und „Mamma Mia“.

In kleinen Pubs beschlossen wir den Tag. Der Zufall wollte es, dass wir das Treiben von Halloween im Westend, in der Gegend von Leicester Square und Old Compton Street miterleben konnten. Eine beeindruckende Szene!

Fazit

Die Fortbildung wurde von allen Beteiligten als äußerst wertvoll für ihren zukünftigen Unterricht bezeichnet.

Individualinitiativen einzelner Schulen sind gefordert und dank großartiger EU-Programme können wir diese Maßnahmen realisieren.

Für Fragen zu diesem Thema stehe ich den Lesern unter folgender Emailadresse jederzeit zur Verfügung: schlicher2@hotmail.com <

Absolventinnen-Befragung der BfS für Hauswirtschaft und Kinderpflege Poxau:

Berufsfachschulen: Regionale erfolgreiche Tore zur Berufseinstimmung

Teil 1

BETTINA HOFER / IRMGARD SCHROLL-DECKER

In Deutschland ist die Berufsausbildung das Tor zum Arbeitsmarkt. Ein Berufsabschluss erhöht die Chancen, einen der Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz zu finden, seinen Lebensunterhalt zu sichern und sich beruflich weiter entwickeln zu können.

Schwierig ist die Lage für Schulabgänger, die keinen Ausbildungsvertrag abschließen können, sei es, weil sich die Wirtschaftsstruktur einer Region nicht um die Nachwuchsqualifizierung kümmert, die Betriebe zu wenig Ausbildungsplätze bereit stellen oder weil individuelle Gründe vorhanden sind, die zu einer Benachteiligung im Wettbewerb um die Ausbildungsstellen beitragen. Junge Menschen mit eingeschränkten Chancen auf dem Ausbildungsmarkt (z.B. aufgrund von Migrationshintergrund oder Leistungsschwächen) sind darauf angewiesen, von staatlichen Maßnahmen aufgefangen zu werden, wie dies im Vorwort zu Eulers Untersuchung über die „Qualitätsentwicklung in der Berufsausbildung“ zu lesen ist (vgl. Euler, 2005).

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, wie der Beschäftigungspakt und die Ausbildungsinitiativen dies darstellen, konnte die Zahl der Ausbildungsstellen nicht steigern, die Zahlen für das Jahr 2005 signalisieren vielmehr eine rückläufige Tendenz (vgl. Pressemitteilung BMBF 13. Dezember 2005). Dieses „Lehrstellenfiasko“ (vgl. Preissl 2005) erfordert bildungspolitische Anstrengungen.

Eine Alternative zur dualen Berufsausbildung sind die Berufsfachschulen, die in staatlicher, freier und privater Trägerschaft sein können: In zwei- oder dreijährigen Varianten vermitteln sie eine abgeschlossene Berufsausbil-

dung in Vollzeitunterricht mit allgemeinbildenden und berufsbezogenen Fächern und integrierter Praxisphase (vgl. BfSOHwKiSo 2002, 5ff).

Berufsfachschulen für Hauswirtschaft und Kinderpflege, um die es in der folgenden Darstellung geht, erfordern als Zugangsvoraussetzung für die Kinderpflege einen erfolgreichen Hauptschulabschluss, für die Hauswirtschaft die beendigte Vollzeitschulpflicht. Die Aufnahmebedingungen sind so gehalten, dass sie vor allem für weibliche Schulabgängerinnen eine Option unter mehreren darstellen, sich fundierte Kenntnisse für eine spätere Beschäftigung anzueignen.

Die Aussage des leitenden Regierungsschuldirektor Walter Fruhstorfer an der Regierung von Niederbayern in der Landauer Zeitung vom 05. April 2005 „Die Berufsfachschule hat dann Konjunktur, wenn der Arbeitsmarkt nicht alle Schulabgänger aufnehmen kann“ bestätigt den oben genannten Zusammenhang zwischen Lehrstellensituation und Nachfrage nach staatlicher Unterstützung. Gleichzeitig enthält er einen für die jetzige Situation zutreffenden Appell an den Erhalt und den Ausbau solcher Berufszugangsqualifikationen (vgl. Preissl 2005).

Ausgangspunkt der Untersuchung

Berufsfachschulen für Hauswirtschaft und Kinderpflege wissen außer punktuellen persönlichen Kontakten zu Ehemaligen wenig Bescheid über den beruflichen Weg und den Verbleib ihrer Absolventen und Absolventinnen: Es ist nicht bekannt, ob sich die zwei- bis dreijährige Investition als eine Verbesserung der Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt bewährt, wo die Examinierten einsteigen und wie sich ihr berufliches Weiterkommen gestal-

tet. Berufsfachschulen der Fachrichtungen Kinderpflege und Hauswirtschaft werden häufig als eher wenig innovativ und die berufliche Entwicklung nicht gerade dynamisierend stereotypisiert.

Dieses Informationsdefizit war der Anlass der vorliegenden Untersuchung: Sie setzte sich zum Ziel, am Beispiel der Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Kinderpflege in Poxau die (fast ausschließlich) Absolventinnen der vergangenen ca. 15 Jahre mit einem eigens dafür erstellten Instrumentarium retrospektiv-biographisch nach ihrer Berufseinstimmung, ihrer beruflichen wie persönlichen Entwicklung schriftlich zu befragen.

Der Fragebogen war in 7 Teilbereiche gegliedert: Die Absolventinnen wurden zunächst nach ihren Beweggründen für die Wahl ihrer schulischen Berufsausbildung befragt. Danach sollten sie Auskunft über ihre Auswahl der Berufsfachschule in Poxau und ihren Traumberuf geben. Im Nachhinein als besonders bedeutsam erachtete Aspekte der Ausbildung wurden im vierten Abschnitt erhoben. Die Fragenkomplexe 5 und 6 widmeten sich der Stellensituation, der Einstimmung in die Arbeitswelt und der jetzigen beruflichen Situation. Die soziobiografischen Daten rundeten den Fragebogen ab.

Ca. 35 Schülerinnen absolvieren jährlich die Berufsfachschule Poxau. An insgesamt 126 Ehemalige der Ausbildungsrichtung Kinderpflege der Abschlussjahre 1997-2005 sowie an 126 Ehemalige der Ausbildungsrichtung Hauswirtschaft der Abschlussjahre ab ca. 1990 wurden Fragebögen verschickt.

Die Befragung fand im Zeitraum zwischen September 2005 und Oktober 2005 statt. Die Rücklaufquote betrug über 55 % bei den Kinderpflegerinnen und ca. 46,8 % bei den Hauswirtschaftlerinnen; in die Untersuchung gingen insgesamt 127 ausgefüllte Fragebögen ein. Ca. 14 % der ursprünglich 252 Anschreiben kam wegen falscher Adresse als unzustellbar zurück.

Soziobiographische Daten

Das Alter der Absolventinnen reichte von 17 bis 35 Jahren (Altersdurch-

schnitt: 22 Jahre). Ca. 30 % der Befragten wohnen bei den Eltern, ca. 21 % führen einen Single-Haushalt. Dies spiegelt sich auch im Familienstand wider: Die meisten (ca. 61 %) sind ledig, alle übrigen leben bzw. lebten in einer Partnerschaft. ¾ haben keine Kinder, ca. 16 % haben 1 Kind, ca. 9 % haben 2 und mehr Kinder. 81 % der Kinderpflegerinnen und ca. 58 % der Hauswirtschaftlerinnen haben den mittleren Schulabschluss erreicht. Gemäß § 46a wird bei „einer Prüfungsgesamtnote ‚gut‘ oder ‚sehr gut‘ ... mit dem Abschlusszeugnis der mittlere Schulabschluss verliehen, wenn befriedigende Kenntnisse in Englisch nachgewiesen werden. (BfSOHwKiSo 2002, 22).

Die Motivation zur Berufswahl

Fünf Beweggründe ragen aus Sicht der Kinderpflegerinnen für die Wahl dieser Berufsausbildung besonders heraus: 64 % der Absolventinnen fühlten sich bereits in der Hauptschule „berufen“, später eine kinderpflegerische Tätigkeit ausüben zu wollen. 62 % hatten einen positiv besetzten Kontakt mit Kindern und wollten sich aufgrund dieses Erfahrungshintergrunds für eine Tätigkeit im Elementarbereich qualifizieren. Für 46,3 % sollte die zweijährige Berufsausbildung Zugang zum mittleren Schulabschluss ermöglichen; 38 % sahen die Berufsfachschule als Sprungbrett für ein späteres Weiterlernen. Daneben wertete ca. ein Drittel der Absolventinnen die Berufsausbildung als eine gute Investition in die Vorbereitung auf eine eigene Familie.

Die Motivation, sich mit dem Besuch der Berufsfachschule auf einen eigenen Familienhaushalt vorzubereiten führte bei den Hauswirtschaftlerinnen mit 84 % der Nennungen die Rangreihe an. Die zweithäufigsten Nennungen verteilten sich darauf, dass die Fachschule eine Überbrückungszeit darstellte, um persönlich noch reifer zu werden (ca. 40 %) bzw. dass ihr Besuch wegen der schlechten Arbeitsmarktsituation eine Chance bedeutete, einen Beruf zu ergreifen (ca. 40 %). 30 % Ehemalige erachteten die Berufsfachschule als Einstieg und als Sprungbrett, um später weiter lernen zu können, 29,3 % sa-

hen eine „Notlösung“ im Schulbesuch. 24 % Absolventinnen hatten die Möglichkeit vor Augen, auf diese Weise einen mittleren Schulabschluss erreichen zu können. Ebenso viele (24 %) wollten mit der Fachschule prüfen, ob sie mit dem Einstieg in diesen Sektor die für sie passende Richtung gewählt hätten. Immerhin je fast 20 % erwarteten im Ausbildungssektor Hauswirtschaft einen konkreten Praxisbezug bzw. wählten die Berufsfachschule, weil der regionale Ausbildungsmarkt ihnen keine andere Alternative bot.

Wahl der Ausbildungsstätte in Poxau

Der gute Ruf der Schule war für 64 % der befragten Kinderpflegerinnen und für 63 % der Hauswirtschaftlerinnen der dominierende Grund, sich für die BFS Poxau zu entscheiden. An zweiter Stelle folgte bei den Kinderpflegerinnen der Hinweis des Berufsberaters mit 36 %, bei den Hauswirtschaftlerinnen die persönliche Empfehlung (54 %). Für die Kinderpflegerinnen waren Bekannte (30,4 %) und bei den Hauswirtschaftlerinnen die Internatsbetreuung des weiteren wichtige Einflussgrößen. Für die Hälfte der befragten Kinderpflegerinnen und für ein Drittel der Hauswirtschaftlerinnen war die Nähe zum Wohnort ausschlaggebend.

Die im ersten Antwortblock als Ergebnis zusammengefasste Entscheidung der Absolventinnen für die Ausbildung zur Kinderpflegerin/Hauswirtschaftlerin in Ermangelung anderer Alternativen der Stellen- wie der Ausbildungssituation spiegelt sich in der Frage nach dem Traumberuf wider: 43 % der Hauswirtschaftlerinnen gaben überhaupt keine Antwort auf diese Frage. 1/7 der Kinderpflegerinnen nannten den Beruf Erzieherin, 44 % Kinderpflegerin als Traumberuf. 10 % Hauswirtschaftlerinnen gaben an, Hauswirtschaftlerin bzw. Hauswirtschaftslehrerin sei ihr Wunschberuf gewesen. 24,4 % aller Antworten sind dem Bereich Gesundheits-, Kranken-, Familien-, Alten- und Kinderpflege zuzuordnen. Die übrigen Antworten streuen breit, sind jeweils nur mit einer Nennung vertreten.

Einfluss der Schulkultur und des Schulprofils

Danach befragt, welche Werte und Haltungen ihnen rückblickend aus der Ausbildung an der Berufsfachschule Poxau als besonders prägend und förderlich für die eigene Lebensgestaltung haften blieben, entschieden sich die Absolventinnen für die folgenden Präferenzen: Insgesamt dominierten die Zusammengehörigkeit und die Arbeitshaltung der Absolventinnen. Pflichtbewusstsein und Engagement stand sowohl bei den Kinderpflegerinnen (82,6 %) als auch bei den Hauswirtschafterinnen (79,3 %) auf dem ersten bzw. zweiten Rang. Auch das Wir-Gefühl ist bei den ersten drei Rangplätzen zu finden: 82,7 % der Hauswirtschafterinnen und 55 % der Kinderpflegerinnen plädieren für diesen Wert. Ordnung und Disziplin (75,8 % bei den Hauswirtschafterinnen und 71 % bei den Kinderpflegerinnen) ist ein weiterer Bestandteil aus der geliebten Schulkultur, den die Befragten als sehr bedeutsam einstufen.

Fast die Hälfte aller Befragten (49,6 %) erkennen in den Werten Toleranz, Achtung und Wertschätzung ein wichtiges Fundament, das sie in Poxau erleben durften. Ebenso wichtig waren für die Hälfte (ca. 50,3 %) gute Umgangsformen und „Benimmregeln“. Auffallend ist, dass bei den Hauswirtschafterinnen die Offenheit für Neues (ca. 50 %) von der Hälfte ausgewählt wurde (42 %: Kinderpflege), dagegen überwiegt die Freude am Lernen in der Kinderpflege (43,4 %) im Gegensatz zur Hauswirtschaft mit 29,3 %. Die Dominanz des Wir-Gefühls bei den Hauswirtschaftsabsolventinnen lässt sich damit erklären, dass die Besetzung der jeweiligen Jahrgangsguppen geringer und der Anteil an Internatsschülerinnen (60%) größer ist.

Sehr positiv sahen alle Absolventinnen ihre Ausbildung an: 88,4 % der Kinderpflegerinnen und 94,9 % der Hauswirtschafterinnen würden die Ausbildung an der Berufsfachschule Poxau wieder ergreifen. Entsprechend hoch fiel auch die Zufriedenheit mit der Ausbildung aus: Sehr zufrieden mit der Ausbildung waren

59,3 % aller Befragten, 39,3 % waren zufrieden.

Gewichtung der Ausbildungsanteile

Aus zwölf Antwortalternativen konnten die Befragten Ausbildungsanteile aus ihrer jetzigen Sicht gewichten. Die Praxisbegleitung (85,5 %) und die Praxistage in den Einrichtungen (78,2 %) wurden von den Kinderpflegerinnen als die wichtigsten Anteile bewertet. Die Hauswirtschafterinnen erkannten in der Prüfungsvorbereitung (77,5 %) den wichtigsten Part. Auch die Kinderpflegerinnen wählten die guten Lernmöglichkeiten und die Prüfungsvorbereitung (68 %) als wichtige Bausteine. Der Theorieausbildung ordneten die Hauswirtschafterinnen das zweithöchste Gewicht zu (70,6 %), dagegen bewerten die Kinderpflegerinnen die Theorieausbildung etwas weniger bedeutungsvoll (63 %). Die guten Gespräche mit den Lehrkräften (ca. 57 %) sowie die Aktivitäten im Rahmen des Schullebens (Projekte, Festgestaltung, Exkursionen, Ausflüge) werden im Nachhinein von allen Befragten als positiv besetzte Bestandteile der Ausbildung bewertet. Dagegen spielen Fragen zur Berufsrolle und -ethik eine untergeordnete Rolle (ca. 10 %).

Berufseinmündung und Integration in den Arbeitsmarkt nach Schulabschluss

Sofort nach Abschluss der Berufsfachschule bzw. innerhalb eines Jahres haben ca. 42 % der Kinderpflegerinnen und 46,5 % der Hauswirtschafterinnen eine ausbildungsadäquate Stelle angetreten. Eine bemerkenswerte Anzahl an Kinderpflegerinnen bildete sich weiter: z.B. zur staatlich geprüften Erzieherin (21,7%), zur Krankenschwester (13%), zur Altenpflegerin (3%). Zwei befragte Kinderpflegerinnen besuchten die Berufsoberschule, zwei nahmen eine andere Berufsausbildung auf. Auch bei den Hauswirtschafterinnen ergriffen einige Berufe aus dem Pflegebereich (29,3 %); 15,5 % strebten eine weitere Ausbildung (z.B. Speditions- oder Hotelfachfrau) an bzw. qualifizierten sich weiter (z.B. zur Qualitätsbeauftrag-

ten, zur Meisterin oder Fachlehrerin). 4,3 % aller Befragten waren länger als ein Jahr arbeitslos.

Kompetenz- und Qualifikationsprofil für eine Stelle als Kinderpflegerin oder Hauswirtschafterin

Da die Anforderungen an die Kinderpflegerinnen und die Hauswirtschafterinnen in der Berufspraxis differieren, wurden den Befragten in Teilbereichen unterschiedliche Antwortalternativen vorgegeben.

Die Kinderpflegerinnen sahen in der Mobilität (74 %) und der Bereitschaft, sich auf eine befristete Stelle einzulassen (71 %) die zwei wichtigsten Voraussetzungen, um den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Die örtliche Flexibilität steht für die Hauswirtschafterinnen erst an vierter Stelle (62 %). Dagegen stehen für sie das selbständige Handeln (83 %), die Kommunikationsfähigkeit (71 %) und Kreativität (66 %) auf den drei ersten Rangplätzen. Auffallend ist, dass die Hauswirtschafterinnen der Fähigkeit, besonderen Belastungen Stand zu halten (62 %), den gleichen Stellenwert einräumen wie der örtlichen Flexibilität. Selbständiges Handeln scheint von den Kinderpflegerinnen eher weniger als Berufseinstiegskompetenz verlangt zu werden (56,5 %).

Aus Sicht der Kinderpflegerinnen ist es sehr wichtig, gute Leistungen (68 %) zu erzielen, engagiert und zuverlässig zu arbeiten (65 %). Aus Sicht der Hauswirtschafterinnen dagegen rangieren die Bereitschaft, eine befristete Stelle (56 %) anzunehmen sowie gute Noten zu erzielen (51 %) auf den mittleren Rangplätzen.

Der aktuelle Fach- und Wissensstand (64 %) und die Sozialkompetenz (64 %) werden von den Kinderpflegerinnen als gleich gewichtete Anteile an den Qualifikationsanforderungen für eine Berufstätigkeit angesehen. Selbstsicherheit dagegen spielt bei den Kinderpflegerinnen eine untergeordnete Rolle (39 %). Die Sicherheit im Umgang mit Kunden wird von mehr als der Hälfte (55 %) der Hauswirtschafterinnen als besonderes Profil ihres Berufsstandes erachtet. <

Imageprospekt der Scheinfelder Bildungseinrichtungen zum harten Standortfaktor Bildung:

Nachahmenswert – Scheinfeld macht Schule

SIEGFRIED HOLZMANN

Außergewöhnlich ist die Zusammenarbeit der acht Bildungseinrichtungen in Scheinfeld. Von den Kindergärten über Grund- und Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Fachoberschule, das Staatliche Berufliche Schulzentrum bsz-[scheinfeld], Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe, Berufsfachschule für Krankenpflege und dem Bildungshaus des Klosters Schwarzenberg – Scheinfeld hat einiges an Bildung zu bieten. Und alle

acht Schulen ziehen an einem Strang, wenn es darum geht, den Schulstandort Scheinfeld in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Mit einem Festakt im Rathaussaal wurde die 16 Seiten starke Broschüre „Scheinfeld macht Schule“ am 5. Mai 2006 der Öffentlichkeit präsentiert. Fünf Ensembles aus Lehrern und Schülern boten einen musikalischen Rahmen, der durchaus auch symbolisch verstanden werden konnte: Alle Künstler entstammten mindestens zwei Schulen und zeigten so noch ein-

mal deutlich die enge Zusammenarbeit.

Die über zwei Seiten umfassende Begrüßungsliste von Bürgermeister Ernst Scheuenstuhl machte deutlich, welchen Stellenwert die Schulen und die Stadt dem Ereignis beimaßen: Zahlreiche hochrangige Vertreter der Schulbehörden gaben sich in Scheinfeld ein Stelldichein. In ihrem Namen sprach der Ministerialbeauftragte für die mittelfränkischen Gymnasien, Joachim Leisgang, und stellte – wie im übrigen alle sieben Redner – die Besonderheit der Zusammenarbeit mehrerer Schulen und Schularten heraus. Leisgang sprach von einem „außergewöhnlichen Projekt“. Er betonte, dass Bildungsvorteile in einer Informationsgesellschaft zudem harten Standortfaktoren zählen. Für Betriebe und

Einladung zur Material- und Ideenbörse – von der Praxis für die Praxis „Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen“

		Programm
am Freitag, 7. Juli 2006 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr in München	10.00 Uhr	Eröffnung: Prof. Andreas Schelten PD Dr. Alfred Riedl Lehrstuhl für Pädagogik, TU München
am Lehrstuhl für Pädagogik Technische Universität München, Lothstraße 17	10.30 Uhr bis 16.00 Uhr	„Offene“ Materialbörse Ausstellungsangebote aus den Bereichen Technik/Gewerbe, Wirtschaft/Verwaltung und Gesundheit/Pflege an beruflichen Schulen: Selbst erstelltes Lern- und Unterrichtsmaterial, Lernzirkel, Lernspiele, zahlreiche Unterrichtsideen und -konzepte ...
Kontakt: PD Dr. Alfred Riedl Lehrstuhl für Pädagogik TU München, riedl@tum.de		Veranstaltungen in Form von thematisch unterschiedlichen Vorträgen und Workshops, z.B. ...
	10.30 Uhr bis 16.00 Uhr	Schüleraktivität im Unterricht – Lernzirkelarbeit – Planspiel – Leittextmethode – Lehrer-Schüler-Rolle – Ideen für kreativen, ganzheitlichen Unterricht – Lernfelder im Unterricht – Einführung in die Erlebnispädagogik – Lernspiele im Unterricht – Lehrer-Schülergesundheit
Vom KM genehmigte Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen – Teilnahmebescheinigung wird ausgestellt (Anmeldung ist nicht erforderlich)	abends:	Back to the Roots (Fachschaft LB)
		Veranstalter: Lehrstuhl für Pädagogik, TU München zusammen mit Lehrkräften aus der Unterrichtspraxis. www.paed.wi.tum.de



Runder Tische der Leiter und Leiterinnen der Scheinfelder Bildungseinrichtungen. Von links: F. Gunda Wülk (Kindergarten Mutter Theresa), Dr. Kurt Leibold (Gymnasium Scheinfeld, F. Stephanie Schmidt (Kindergarten St. Elisabeth)), Irmgard Kornprobst bsz[scheinfeld], Elisabeth Derrer Krankenpflegeschule, Elisabeth Schirner (Grundschule) Wolfgang Bermuth (Real- und Fachoberschule Schwarzenberg), Marus Rasim (Altenpflegeschule), Bruder Josef (Kloster und Bildungshaus Schwarzenberg), und Wolfgang Flögel (Hauptschule Scheinfeld).

für junge Familien ist das Schulangebot am Ort durchaus ein Kriterium für eine Ansiedlung beziehungsweise für einen Zuzug. Dass Schulpolitik inzwischen wieder an Stellenwert gewonnen hat betonte der Landtagsabgeordneter Hans Herold. Er zeigte sich überzeugt: „Ein gemeinsames Profil wird Menschen an den Bildungsstandort Scheinfeld binden.“ Stellvertretender Landrat Dr. Wolf-

gang Mück sprach von einer „beispielhaften Initiative“.

Und Oliver Hug, Designer des Prospekts und Vorstandsmitglied der Lokalen Aktionsgruppe „Südlicher Steigerwald“ verwies darauf, dass die gut 2000 Schüler der Scheinfelder Schulen, auch 2000 Botschafter Scheinfelds seien.

Der Prospekt ist zwar das erste Gemeinschaftswerk der Scheinfelder Bil-

dungseinrichtungen, aber es gab seit der Gründung der Scheinfelder Schulleiterrunde im Winter 2004 noch weitere Kooperationen; etwa statteten Lehrer sich wechselseitig Schulbesuche ab.

Schulleiterin Irmgard Kornprobst verwies auf die Ernährungs-Projekt-tage und die Mittagsverpflegung des bsz-[scheinfeld] für das Gymnasium und die Fortbildungsveranstaltungen Modus 21 sowie auf die Großveranstaltung mit dem Gedächtnistrainer Gregor Staub hin. Zum anderen muss es nicht bei den elf Einrichtungen bleiben; vielmehr sei eine Ausdehnung auf Betriebe, Verbände und Vereine durchaus denkbar.

Die 16-seitige Hochglanzbroschüre im quadratischen Format wurde in einer Auflage von 10.000 Stück gedruckt, erläuterte Schulleiterin Irmgard Kornprobst. Sie soll bei Veranstaltungen - etwa auch bei den Berufsinformationstagen des bsz-[scheinfeld] - ausgelegt werden und im übrigen den Postsendungen der Schulen und der Stadt beigelegt werden. Die Kosten wurden zur Hälfte von der europäischen Leader-plus-Förderung bezuschusst. <

mosen sind, sondern dass gerade sie selbst am meisten profitieren. Ein Arbeitsbereich mit besonderer Relevanz für Unternehmen ist die Personalqualifizierung, wo gerade berufliche Schulen mit reichlich Know How ausgestattet sind, aber häufig ihr Licht unter den Scheffel stellen.

An der Berufsschule Weiden wird der Weg der PPP seit geraumer Zeit mit Erfolg auf verschiedenen Ebenen beschritten. Kaum ein kontaktiertes Unternehmen lehnt eine Kooperation ab.

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind vielfältig: Eine große Weidener Kfz-Werkstattkette führt z. B. betriebsinterne PC-Schulungen in den Räumen der Berufsschule gegen entsprechende Raummieten durch. Ein in der Region angesiedeltes führendes Logistikunternehmen installiert Systeme an der Berufsschule Weiden

für einen 6-stelligen Eurobetrag, um im Gegenzug Ausbildungsmodule für ihre Lehrlinge zu bekommen, die auf das Unternehmen ideal abgestimmt sind. Ein international ausgerichtetes Unternehmen der Metallbranche bekommt für seine Auszubildenden Englischkurse nach Feierabend gegen finanzielle Entschädigung angeboten. Anfänger der Steuerfachangestellten bekommen noch vor Schulbeginn in den Ferien Kurse in der Benutzung von Spezialsoftware, so dass sie bei Beginn der Lehre bereits mit guten Vorkenntnissen in ihrem Unternehmen eingesetzt werden können. CAD-Training für Firmen durch Fachkräfte der Schule neben dem Unterricht oder das Projekt gesunde Schule in Zusammenarbeit mit AOK und zuständigem Ministerium, das der Schule Arbeit, aber auch eine 5-stellige Summe eingespielt hat. Dies sind nur einige Beispiele für die Umsetzung einer PPP an beruflichen Schulen und für die Möglichkeit an Dienstleistungen, die eine berufliche Schule anbieten kann. Bei etwas Kreativität und Flexibilität bei der Vertragsausgestaltung sind zahlreiche Spielarten für Kooperationen denkbar. Parallel können Vereinbarungen getroffen werden, die die Marketing-Interessen der Firmen unterstützen. Beispielsweise können die Unternehmen als Premiumpartner auf der Startseite der Homepage platziert oder die Schulhomepage für Stellenausschreibungen genutzt werden. Im Gegenzug können die Unternehmer gewonnen werden Vorträge und Fortbildungen für Lehrkräfte oder ganze Schulklassen abzuhalten, dies stärkt die Authentizität der Ausbildung und fördert gleichzeitig den Zusammenhalt der dualen Partner.

Ein großer Vorteil dieser Art von Zusammenarbeit ist, dass die Schulvertreter nicht in gebeugter Haltung um Hilfe „betteln“ müssen, sondern dass sie in gleicher Augenhöhe Vertragspartner für die Unternehmer sind und dass alle Beteiligten dabei gewinnen, vor allem aber die Auszubildenden.

PPP ist ein Modell mit Zukunft und wird als eine besondere Art der funktionalen Privatisierung angese-

hen, was im Unterschied zur materiellen Privatisierung den Staat nicht von seiner bislang öffentlich wahrgenommenen Aufgabe entbindet, es werden lediglich private Wirtschaftsunterneh-

men oder Verbände zu der staatlichen Aufgabenerfüllung hinzugezogen.

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an: kellner.g@bswen.de

Berufsschule Weiden und die IHK bringen zukunftsweisendes Ausbildungsmodell auf den Weg:

Bürokaufmann und Fremdsprachenkorrespondent IHK Englisch

ALOIS GILLITZER

Deutschland gehört zu den führenden Exportnationen der Welt. Vor diesem Hintergrund benötigen viele deutsche Firmen in Zeiten der Globalisierung Kaufleute mit fundierten Fremdsprachen- und Bürokenntnissen. Die Inhalte der bisherigen Ausbildung reichen aber häufig nicht aus, diese Anforderungen zu erfüllen.

Mit dem neu geschaffenen Fremdsprachen-Bürokaufmann bzw. Fremdsprachen-Bürokaufmann bzw. Fremdsprachen-Bürokaufmann wird diese Lücke geschlossen. Junge Leute mit guter mittlerer Reife erhalten innerhalb von zweieinhalb Jahren nicht nur eine betriebliche Ausbildung zum Bürokaufmann bzw. Kaufmann für Bürokommunikation sondern werden zudem zum Fremdsprachenkorrespondent IHK Englisch ausgebildet. Darüber hinaus bietet die Schule eine Vorbereitung auf den Europäischen Computerführerschein (ECDL) sowie in Kooperation mit der IHK für die beiden Ausbildungsmodelle Wahlunterricht in tschechischer Sprache an.

Die Beschulung erfolgt in einer gesonderten Klasse mit speziell aufeinander abgestimmten Lerninhalten. Für auswärtige Schüler ist eine Heimunterbringung möglich. Bereits neu abgeschlossene Ausbildungsverträge müssen dabei nicht umgeschrieben werden, sondern es bedarf lediglich eines zusätzlichen Dienstleistungsvertrags, der zwischen IHK, Auszubildenden und Betrieb über die Ausbildung zum Fremdsprachenkorrespondent abgeschlossen wird. Die Kosten hierfür betragen 2430,00 Euro.

Durch die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung verbessern sich nicht nur die beruflichen Startbedingungen für die Teilnehmer auch den Unternehmen stehen nach zweieinhalb Jahren hochqualifizierte und praktisch voll eingearbeitete Mitarbeiter zur Verfügung.

Ansprechpartner für den Ausbildungsgang sind die Staatliche Berufsschule Weiden (Tel.: 0961/206-0, E-Mail: gillitzer@bswen.de und die IHK Weiden, Tel.: 0961/48195-19 / E-Mail: ertl@regensburg.ihk.de) <



Besiegelten das neue Ausbildungsmodell, von links: Ltd. Regierungsschuldirektor Kirchberger, Schulleiter Heribert Mohr, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg, Dr. Jürgen Helmes und der Geschäftsführer der IHK Winfried Mellar.

Landesverband

Rudolf Karrasch zum 90. Geburtstag:

„Der richtige Mann zur rechten Zeit“

PETER THIEL

Schule verschleißt, sagen die einen. Das Burn-Out-Syndrom greife besorgniserregend um sich. Nein, Schule hält jung, setzen andere dagegen, der Umgang mit der Jugend erhalte die Spannkraft. Was gilt, hängt vermutlich in hohem Maße von der persönlichen Einstellung ab. Eine generelle Aussage lässt sich da wohl kaum treffen.

strahlung, die wir an ihm so schätzen. Signifikantes Beispiel für seine Lebenseinstellung: Nach dem Tode seiner Ehefrau im Jahre 1998 gab er sich nicht auf. Und das Schicksal bescherte ihm wiederum Geborgenheit und eine neue harmonische Zweisamkeit.

Nimmt er noch Anteil am Verbands-geschehen? „Durchaus“, sagt der Sohn, „wie könnte das anders sein nach all den Jahren, in denen der Verband ei-

Zeit des Umbruchs in der Bildungs-politik. Ein verändertes Bewusstsein in der Bildungspolitik bahnt sich an. Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier wird die daraus gezogenen politischen Konsequenzen 1971 – beim wiederum in Augsburg stattfindenden Berufsschul-tag – u. a. so kommentieren: „Das Ver-säumnis lag darin, dass die Bildungs-reform nicht das Ganze, sondern nur einen Teil des Bildungswesens, näm-lich die allgemeinbildenden Schulen und die Hochschulen im Auge hat-te. Man übersah weite Bereiche, vor allem aber das berufliche Schulwe-sen. Man starrte vielmehr gebannt auf den Mangel an Gymnasiasten, Ab-iturienten und Studenten. Dement-sprechend einseitig war die Thera-pie ...“. Soweit also Prof. Dr. Hans Maier, der bayerische Kultusminister, dessen Herz so kräftig für die beruf-liche Bildung schlug.

Ein gewaltige Reformpaket

Zurück zum Jahr 1957: Rudolf Kar-rasch, der neue Mann an der Spit-ze des Verbandes, hält sich nicht lan-ge mit Vorreden auf. Von lamoryanten Zustandsbeschreibungen hält er nichts, kommt vielmehr sofort zur Sa-che. Zusammen mit seinen Vorstands-mitgliedern formuliert er ein Akti-onsprogramm mit folgenden Schwer-punkten:

- Neuordnung der Gewerbelehrer-ausbildung,
- Forderung einer angemessenen und einheitlichen Besoldung bei den damals noch kommunalen Schul-trägern,
- Schaffung und Ausbau eines strin-genten beruflichen Bildungsweges mit entsprechenden Schulen.

Mit dem neuen Chef an der Spit-ze hat der VBB für das gewaltige Re-formpaket den richtigen Mann zur richtigen Zeit. Allerorten schätzt man die kultivierte Form seiner Verhand-lungsführung und in Verbindung mit seinem kontaktfreudigen Wesen und einem außergewöhnlichen Stehver-mögen stößt Rudolf Karrasch i. d. R. auf offene Ohren und stößt auf kom-petente Gesprächspartner. Die Tü-ren zu Politik, Wirtschaft und Verwal-

tung öffnen sich für seinen Verband. Er sucht die Zusammenarbeit mit an-deren Lehrerverbänden, vornehm-lich die mit beruflichen. Anlässlich des 80. Geburtstags von Rudolf Karrasch sagte der frühere Ministerialdirektor im Bayerischen Kultusministerium, Josef Hoderlein: „Das Geheimnis sei-nes Erfolges war, nach dem Tor zu su-chen, welches in jeder Mauer ist. Auch an schmalen Türen klopfte er an“. Ho-derlein fährt fort: „Nicht gerade ein-fach war es, die besoldungsrechtlichen Konsequenzen im Sinne des Berufs-schullehrerverbandes durchzusetzen. Das Finanzministerium war schon im-mer schwerer zu überzeugen als wir im Kultusministerium. Wie er – Kar-rasch – seine Ziele erreicht hat, wird mir im Grunde immer ein Geheim-nis bleiben, doch der Schlüssel zum Erfolg liegt wohl schlicht und einfach in seiner Persönlichkeit. Und dass er sich mit Halbheiten nicht abspeisen ließ, wussten ohnehin alle“. Hermann Sauerwein, vor zehn Jahren Landes-vorsitzender des VLB, ergänzt bei der Laudatio auf Rudolf Karrasch: „Sei-ner kompromisslosen Durchsetzungs-kraft verdanken wir letztlich die uni-versitäre Lehrerbildung“.

Der Vision ein Stück näher gekommen

1976 beim Berufsschultag in Bam-berg tritt Rudolf Karrasch den Rück-zug an. Nach nahezu 20-jährigem En-gagement an der Spitze des VBB reicht er den Stab des Landesvorsit-zenden an Othmar Doleschal weiter. Die Bilanz seines Wirkens kann sich sehen lassen. Grob skizziert stellt sie sich so dar:

- 1963 beginnt die Ausbildung der gewerblichen, hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Lehrer an beruflichen Schulen an der TU München, die universitäre Lehrerbildung im beruflichen Bereich al-so.
- Die Lehrer an beruflichen Schu-len kommen per Besoldungsgesetz 1970 in den höheren Dienst. Alle im Dienst befindlichen Gewerbe-lehrer werden übergeleitet, die Be-soldung der Fachlehrer wird ange-hoben und angeglichen.

- Der berufliche Bildungsweg erhält die dringend notwendige Öffnung bis hinein in den Hochschulbereich. Es entstehen die Berufsaufbau-schulen, die Berufsoberschulen, die Fachoberschulen und die Fachaka-demien. Das Gesetz über das beruf-liche Schulwesen von 1972 ordnet nunmehr sieben berufliche Schulen.

Was die heutige Lehrer-genera-tion vorfindet und für selbstverständlich hält, ist das Ergebnis einer harten, zä-hen und selbstlosen Aufbauarbeit und unmittelbar mit dem Namen Rudolf Karrasch verbunden.

„Aus einer einst monotonen beruf-lichen Bildungslandschaft ist in rela-tiv kurzer Zeit eine äußerst abwechs-lungsreiche Bildungslandschaft ent-standen“, blickt Josef Hoderlein bei Karraschs Achtzigstem zurück.

Die Schulaufsicht über die damals neugegründete Fachoberschule ha-be am Salvatorplatz zunächst bei der Gymnasialabteilung gelegen. „Nicht zuletzt seinem hartnäckigem Ver-handlungsgeschick ist es zu verdan-ken, dass die FOS schließlich als be-ruflische Schule akzeptiert wird und der beruflichen Abteilung zugeordnet wird“, ergänzt Hoderlein.

Mit dem „Gesetz über das beruf-liche Schulwesen“ ist man der ein-stigen Vision von der Gleichwertig-keit der beruflichen Bildung ein gutes Stück näher gekommen. Rudolf Kar-rasch sieht die bei seinem Amtsan-tritt proklamierten Ziele erreicht. Nochmals Originalton Sauerwein vor zehn Jahren: „Vor Deiner Lebenslei-tung, lieber Rudi, verneigen wir uns in Respekt und Dankbarkeit. Wir, die Nachlaßverwalter im Verband, haben alle Hände voll zu tun, um das damals Erreichte zu sichern und fortzuentwickeln“. Der Freistaat verleiht Rudolf Karrasch für sein unermüdliches Wir-ken zum Wohle der Jugend im Beruf den Bayerischen Verdienstorden.

Eine Vita mit viel Begleitmusik

Nahezu exemplarisch erscheint Kar-raschs Lebensweg für jene Genera-tion, die Krieg, Gefangenschaft und Vertreibung erleben musste. Gebo-

ren ist Rudolf Karrasch in der nieder-schlesischen Kleinstadt Brieg, das liegt östlich von Breslau. Der Vater ist Mu-siker, die Erbanlage also ist eindeutig. Die Musik ist es, die Karraschs Biogra-fie entscheidend bestimmt. In Breslau besucht er das humanistische Gymna-sium St. Matthias, in einer der Bres-lauer Pfarrkirchen spielt er die Orgel. Nach dem Abitur würde er gern Gym-nasiallehrer werden, Gymnasiallehrer für Musik. Nicht nur die Orgel hat es ihm angetan, auch für Klavier und Po-saune hat er große Schwächen. Sein ganzes Leben lang ist es immer wie-der die Musik, die ihm über schwie-rige Situationen hinweghilft. Bis heu-te ist er ihr „verfallen“. Geradezu be-zeichnend ist eine Episode, die Josef Hoderlein bei der bewussten Geburts-tagsfeier 1996 erzählt: „Wenn ich heu-te gelegentlich Mitarbeiter aus der be-ruflischen Abteilung frage: Was macht Karrasch? Dann kommt prompt die Antwort: Musik“.

Zurück zum Lebenslauf: Reichsar-beitsdienst, Wehrpflicht, Krieg, das ist die nahezu unvermeidliche Schrittfol-ge einer Jugend, der im Namen einer menschenunwürdigen Ideologie Un-glaubliches abverlangt wird. Als Leut-nant verschlägt es Rudolf Karrasch bei Kriegsbeginn nach Polen und Frankreich, 1941 dann nach Kirkenes am Eismeer und nach Lappland. Zwi-schendurch ist er Ausbildungsoffizier an der Flakartillerieschule in Berlin. Als der Spuk vorüber ist, gerät er auf österreichischem Boden in amerika-nische Kriegsgefangenschaft.

Nach der Entlassung arbeitet er im Schwabenland bei der amerika-nischen Militärregierung. Und wie-der ist es die Musik, die dafür sorgt, dass er die schwere Zeit unbeschadet übersteht: Chorleiter an der Pei-tinger Pfarrkirche und Mitgliedschaft in einer „Band“ helfen über die ers-ten Schwierigkeiten hinweg. Im Früh-jahr 46 beginnt er die Ausbildung zum Volksschullehrer und legt 1949 die zweite Staatsprüfung ab. Doch er will Berufsschullehrer werden. Von 1950 bis 1952 also besucht er das Be-rufspädagogische Institut in der Lan-deshauptstadt. Sein Fachbereich: die „Schmückenden Berufe“, wie man



Man braucht einfach einen Ausgleich zum Alltagsgeschäft, das hält die Seele im Lot. Bei Rudolf Karrasch, unserem Vorzeigebildner, war's zeitlebens die Musik, mit der er sich regenerierte. Foto: Bernhard Karrasch

Rudolf Karrasch beispielsweise, der am 17. Juli sein neunzigstes Lebens-jahr vollendet, gehört mit Sicherheit zur zweitgenannten Kategorie. Er ist immer noch der alte, wie wir feststel-len können: weltoffen, kontaktfreudig, charmant. Wir haben ihn ja auch als unerschütterlichen Optimisten in Erinnerung, als einen, für den das Glas stets eher halbvoll war als halb-leer. Dass sich dies bis heute um kei-nen Yota geändert hat, bestätigt uns seine Familie. „Er ist der Gesundes-te von uns allen“, sagt Sohn Bernhard, „und seine Aktivität ist bewunderns-wert“. Nach wie vor regeneriere er sich vor allem am Klavier, wie die Mu-se überhaupt sein Lebenselixier sei. Sie also ist es offensichtlich, die seine positive Energie bewirkt, seine Aus-

ner seiner Lebensmittelpunkte war“. Allerdings, so räumt der Junior ein, gebe es jetzt schon eine gewisse Dis-tanz, die nicht zuletzt aus dem Vertrau-en resultiere, dass er sein Werk bei den Nachfolgern in guten Händen wisse.

Verändertes Bewusstsein in der Bildungspolitik

Vor knapp 50 Jahren – vor einem hal-ben Jahrhundert also – wird Rudolf Karrasch an die Spitze des damaligen VBB gewählt. Der Verband vertritt zu dieser Zeit die Lehrkräfte an ge-werblichen und hauswirtschaftlichen Schulen. Die Vertreterversammlung der Augsburger Landesarbeits-tagung von 1957 kürt in Karrasch ei-nen neuen, einen tatendurstigen und dynamischen Vorsitzenden. Es ist die

das Berufskonglomerat an der Lothstraße damals nannte. Dazu gehört auch das „Graphische Gewerbe“, die Berufe rund um den Druck also. Nebenbei studiert er an der Uni in München acht Semester lang Pädagogik und Psychologie.

Alles andere als ein stiller Beobachter

Von Beginn seiner Ausbildung am Münchener BPI an interessiert er sich nachhaltig für berufsständische Anliegen. Dabei ist er alles andere als ein stiller Beobachter; er verschafft sich einen Überblick über die aktuelle Problemlage, tritt dem einschlägigen Berufsverband - dem VBB - bei und krepelt die Ärmel hoch. Nach einem erfüllten Lehrerleben - jahrelang unterrichtet er an verschiedenen Münchener Berufsschulen - geht er 1980 als Oberstudiendirektor und Leiter des Berufsbildungszentrums für Fahrzeug- und Maschinenbautechnik in München in Pension.

In den ersten Jahren seines Ruhestands ist er dem Verband ein selbstloser Helfer in vielerlei Anliegen. Insbesondere die guten Kontakte zum Bayerischen Landtag kann der Karrasch jetzt - aller schulischer Lasten ledig - intensiv pflegen, was sich für den Verband als eine ausgesprochene Trumpfkarte erweist. Nach und nach aber treten andere Neigungen in den Vordergrund und die aktive Verbandspolitik verblasst mit der Zeit. Die Muse ist es, welche nun immer stärker Besitz von ihm ergreift. Rudolf Karrasch macht jetzt mit verstärktem Eifer, wie kann es anders sein: Musik.

Der VLB dankt seinem rüstigen Jubilar für seine große Aufbauleistung im Dienste der Jugend im Beruf. Er gratuliert ihm auch auf diesem Wege ganz herzlich zu seinem 90. Geburtstag und wünscht ihm vor allem noch viele schöne und harmonische Jahre in Gesundheit und Wohlergehen. <

Bezirks- und Kreisverbände

BV Niederbayern

Bezirksversammlung mit DL-Präsident Josef Kraus

Mitte März führte der Bezirksverband in Ergolding bei Landshut seine Bezirksversammlung durch.

Bezirksvorsitzender Rudolf Puryear konnte dazu hochkarätige Referenten begrüßen: Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, die Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Horst Hackel, Vertreter der Regierung von Niederbayern sowie Vertreter von des Realschullehrerverbandes und des Philologenverbandes.

Mit einem „rhetorischem Meisterwerk“ begann Josef Kraus über den „Pisa-Schwindel“ zu referieren. Nur wir Deutschen reagieren so überzogen auf die Ergebnisse. Fragt man beispielsweise in Amerika einen Lehrer nach „Pisa“, so verbindet er damit nur die Stadt in Italien. Gibt man in die Suchmaschine „Google“ den Begriff „Pisa“ ein und klammert man die Stadt in Italien aus, kommen über 2 Millionen Suchergebnisse in deutscher Sprache. Viele Verlage präsentierten Bücher mit Titeln wie „Pisa-Powertraining für Anfänger, Fortgeschrittene und Profis, 15 Gebote des Lernens“ usw.

Kraus erläuterte seine Zweifel an Pisa. Nur etwa 32 Prozent der Aufgaben seien lehrplanmäßig. Des Weiteren solle man skeptisch beurteilen, ob diese Stichproben repräsentativ seien. Vergleicht man die Ergebnisse internationaler Testungen, so ist vieles überhaupt nicht nachvollziehbar. Es schneiden Länder wie Neuseeland je nach Test, z. B. Pisa oder TIMSS, mal ganz oben und mal ganz unten ab. Das Gleiche gilt, wenn man den Pisa-Test mit dem IGLU-Test vergleicht. Auch hier kann man diese Differenzen erkennen.

Schaut man auf den Pisa-Sieger Finnland, so muss man auch die Rahmenbedingungen betrachten. Finn-



Engagiert wie immer: DL-Präsident Josef Kraus.

land hat eine sehr homogene Bevölkerung und deshalb keine Probleme mit der schulischen Integration von Migrantenkindern. In Deutschland haben 15,2 % der Schüler Eltern, welche im Ausland geboren wurden. In Finnland sind dies nur 1,2 %. Ebenfalls hat Finnland eine sehr starke Lesekultur. Die Finnen sind sehr stolz auf ihre Literatur. Die Kinder werden von den Eltern angestiftet zu lesen. Außerdem sind in Finnland die meisten Kinofilme nicht synchronisiert, sondern haben nur finnische Untertitel. Welches Kind möchte da nicht sehr schnell Englisch verstehen und Finnisch lesen können?

Wie sollen bei uns in Deutschland die Eltern Vorbild sein, wenn sie selbst erdnussessend vor dem Fernseher sitzen und ins Kinderzimmer rufen, das Kind solle ein Buch lesen?

In Finnland haben die Schulen im Schnitt 120 Schüler mit einer durchschnittlichen Klassenstärke von 18,2 im Vergleich zu Deutschland mit 23,9 Schülern. Es gibt in Finnland fast keinen Unterrichtsausfall, denn es gibt genügend Vertretungsreserven. Für schwächere Schüler gibt es Förderkurse und es steht an vielen Schulen ein Psychologe zur Verfügung.

Interessant ist zudem, dass in einer Umfrage der WHO zur Zufriedenheit der Schüler mit der Schule Finnland auf Platz 35 von 35 befragten Staaten gekommen ist.

Des Weiteren kann man aus dem Pisa-Test erkennen, dass die Migrantenkinder in Finnland etwa zwei Schuljahre hinter dem Landeswert liegen, in Deutschland ist es nur etwa ein Schuljahr.

Auch der Vergleich mit Ländern mit Einheitsschulen hinkt gewaltig. Gesamtschulen sind absolut out, wie das Beispiel Amerika zeigt. Wenn es sich die Eltern leisten können, nehmen sie ihr Kind von der Einheitschule und schicken es in eine Privatschule. Die Kosten betragen pro Jahr etwa 15 000 Euro.

Gesamtschulen sind zu teuer und viel zu leistungsschwach. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zeigt, dass Gesamtschulen im Vergleich zu Realschulen hinsichtlich sozialen Lernens um zwei Jahre hinterher sind.

„Unsere Debatte leidet an und unter Demenz und Logorrhoe“, so Kraus zur Pisa-Diskussion. Demenz oder „Verblödung“ deshalb, weil wir um unsere Kinder herum Dumme und Ordinäre haben. Betrachtet man beispielsweise die Zeitungen, so sind Schlagzeilen über ehemalige Tennisspieler in der Besenstube oder darüber, dass eine Autobiografie eines piepsigen Schlagersängers gerichtlich gestoppt wurde, zu lesen. „Bei so viel Schrott sollte eigentlich gelten: Ein Land, das derartige Medienprodukte produziert, das sich solche Stars kauft, das solche Experten hat, das solche seichten Reformen inszeniert, braucht eigentlich keinen Pisa-Test mehr.“

Logorrhoe „krankhafte Schwatzhaftigkeit oder besser Sprechdurchfall“ zeigt er anhand eines Zitates „Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben, man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken.“ Dieses Zitat gilt besonders bei der Pisa-Debatte.

Kraus zeigt Konsequenzen, die gezogen werden sollen: Zunächst müssen wir weg von der Spaßgesellschaft. Wenn die Alten auf dem 30 Stunden-tripp sind, dann braucht man sich nicht wundern, wenn die jungen Leute keine 45 Stunden für Schule und Hausaufgaben aufwenden wollen.

Des Weiteren plädiert er für eine Leistungsschule und für eine Schu-



Sicherheit für Ihre Daten!

(Intenso)[®]
The media company



40 x Schreibgeschwindigkeit

29,-
33,64 inkl. MWSt

Kompakt verpackt!

Intenso CD-R 80 700 MB 52x Speed in Metalldose. Damit Sie alle Ihre Daten, Fotos, Videos und Musikdateien kompakt verstauen können, liefern wir Ihnen gleich die passende trendige Metalldose mit 150 Stück.
466 079

FUJIFILM



Lange Lebenszeit

24,-
27,84 inkl. MWSt

Höchste Qualität!

Fuji DVD+R 4,7 GB 16x Speed. Für hochwertige Aufnahmen und eine lange Lebensdauer verwenden Fujifilm DVD Disks eine hochleistungsfähige Beschichtung, die sich ideal für die Massenspeicherung und lange Archivierung eignet. 50 Stück.
864 155

Verbatim



Bedruckbar

27,-
31,32 inkl. MWSt

Lebenslange Garantie!

Verbatim DVD-R 4,7 GB 16x Speed. Wer beruflich z.B. mit großen Bilddateien arbeitet, wird die Vorteile sofort erkennen. Eine komplette Bild-Bibliothek passt auf eine einzige Disk, und es ist kein Problem mehr, umfangreiche Multimedia-Dateien gemeinsam zu nutzen. 50 Stück.
770 523

Alle Preisangaben Stand 26.05.2006

TECHNIKdirekt.de
Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de **business**



Standen den VLB-Mitgliedern Rede und Antwort, von links: Marion Merkle, Wolfgang Lambl, Rudi Puryear und Horst Hackel.

le mit Anstrengung. Es muss Schluss sein mit der Erleichterungspädagogik. Statt einer Rechtschreibreform hätte man die Rechtschreibung in den Schulen wieder ernster nehmen sollen. Das wäre billiger gekommen.

Schule ohne klare Zielsetzungen und ohne Anstrengungen geht nicht. Alles zu dürfen und nichts zu sollen, das funktioniert nirgends.

Wir brauchen eine Offensive für sprachliche Bildung. Gerade das Beherrschen der deutschen Sprache und damit die Sprachanwendung ist die zentrale Schlüsselqualifikation.

Keine Kulturation der Welt vernachlässigt seine Sprache so wie wir in Deutschland. Der Grundschulwortschatz wurde auf 700 Wörter herabgesetzt. Deutsch kann im Abitur (des Gymnasiums) abgewählt werden.

Ein weiterer Punkt ist bei uns die ständige Debatte um die Benachteiligung sozial Schwächerer durch das deutsche Bildungssystem. Dies ist absolut kontraproduktiv. Wenn man den sozial Schwachen immer eintrichtert, dass sie benachteiligt seien, erschlägt dies den Willen eigene Lernpotenziale zu nutzen.

Zuletzt äußerte sich Josef Kraus noch kritisch zum Besuch des UNO-Berichterstatters, der die Wahrung des Rechts auf Bildung im deutschen Bildungswesen untersuchen sollte. Wie kann ein Mann, der nur 10 Tage in Deutschland ist, unser Bildungssystem beurteilen? Dann wären doch all die jahrelangen wissenschaftlichen Arbeiten umsonst gewesen.

Der Referent bekam für seinen hervorragenden Vortrag einen riesigen Applaus der Zuhörer.

Anschließend referierte Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl über die neuen Beförderungswartezeiten und

ging dabei auch auf das neue Beurteilungssystem ein.

Bei den Beförderungswartezeiten habe sich eigentlich nichts geändert. Jedoch muss man beachten, dass diese Wartezeiten noch nicht bedeuten, dass man nach dieser Zeit auch befördert wird. Es muss eine entsprechende Stelle frei sein. Derzeit ist besonders an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen eine verlängerte Wartezeit von ca. 3 Jahren hinzuzuzählen. Dies liegt einfach daran, dass die Planstellen besetzt sind.

An den Berufsschulen sind die zusätzlichen Wartezeiten etwas kürzer. Lambl ging noch auf einige Gedankenspiele bei den Beförderungswartezeiten ein, die jedoch nicht durchgesetzt wurden.

Zum Beurteilungssystem betonte Lambl, dass nun wieder 7 Stufen vorgegeben sind. Es gibt jedoch von Seiten der Regierung bzw. des Kultusministeriums keinerlei Vorgaben über den Durchschnitt, welchen eine Schule erreichen muss. „Falls die Schulleiter objektiv beurteilen, rechne ich mit einem besseren Schnitt als bei den letzten Beurteilungen.“ Dies begründete Lambl damit, dass die über 50 jährigen Kollegen das Recht haben, sich nicht mehr beurteilen zu lassen. Hier glaubt Lambl fest daran, das sich besonders die sehr guten und erfahrenen Kollegen nochmals beurteilen lassen. Sie haben ja immer noch die Chance auf eine Funktionsstelle. Nur Kollegen, welche darauf keinen Wert mehr legen, lassen sich nicht beurteilen. Somit heben diese sehr guten Kollegen den Schnitt objektiv gesehen an.

Nach diesem Vortrag referierte Marion Merkle, VLB-Referentin für Dienstrecht über die Haftung von

Beamten. Besonders beim „Büchergeld“ entstand etwas Unruhe unter den Zuhörern. Merkle stellte die Frage, wer dafür haften muss, wenn z.B. eine Lehrkraft das Büchergeld einsammelt und dieses Geld dann „verschwindet“? Die Antwort überraschte alle. Die Lehrkraft müsse nicht mit ihrem Privatvermögen haften. Rechtlich müsse der Schüler nochmals bezahlen!

Marion Merkle wies besonders darauf hin, dass für VLB-Mitglieder eine Haftpflichtversicherung bestehe. Auch haben VLB-Mitglieder das Recht auf die Beratung durch einen Rechtsanwalt. Jedoch dürfen sich die VLB-Mitglieder nicht einen beliebigen Anwalt suchen. Falls hier Bedarf besteht, müsse man sich vorher an die VLB-Geschäftsstelle oder direkt an sie wenden.

Zuletzt bedankte sich Bezirksvorsitzender Puryear mit einem kleinen Präsent bei allen Referenten für die hervorragenden Vorträge.

Christian Wagner

BV München

Chinesische Schulleiter besuchen das Kerschensteiner Schulzentrum in München

Im Rahmen des deutsch-chinesischen Bildungstransfers der Hanns-Seidel-Stiftung waren im März 2006 zehn chinesische Schulleiter von Berufsschulen und zwei Hochschulen aus Ganzu, Jinta, Lanzhou, Xinjiang und Qingzhou zu für 14 Tage zu Besuch in Bayern.

Die Schulleiter, welche die zwei Stufen (Lehrgänge) der Schulleiterfortbildung in China erfolgreich absolviert hatten, besuchten in München Berufsschulen, Betriebe, Arbeitsagentur, IHK und die Regierung von Oberbayern sowie eine Meisterschule.

Die dritte Stufe der Schulleiterfortbildung diene hauptsächlich der Information über das Duale System der Berufsausbildung, dem intensiven Einblick in die Zusammenhänge und Kooperation der Berufsschule, der Betriebe und Institutionen in der Berufs-

ausbildung. Von großer Bedeutung war auch der Erfahrungsaustausch bei den Themen wie Schulaufsicht, rechtliche Grundlagen und Prüfungswesen im Dualen System, Berufsausbildung von Behinderten, Lernortkooperation, Überbetriebliche Ausbildung, Dienstleistungen und Berufsberatung der Arbeitsagentur und die Meisterausbildung in der Meisterschule.

Umfangreiche Informationen über Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung erhielten die Schulleiter in der städtischen Meisterschule für das Schreinerhandwerk.

Kollege Leischner (Schulleiter im Ruhestand) führte in bekannt souveräner Art die Gruppe, unterstützt wurde er von Yuan Dongsheng, der sowohl als Dolmetscher als auch als Kenner des Berufliche Schulwesens Münchens fungierte. Yuan Dongsheng ist Koordinator des Berufspädagogischen Fortbildungszentrums in

Die chinesischen Kollegen mit ihren Gastgebern Dietmar Leischner und Erich Baumann.



Qingzhou, und hat selbst eine Ausbildung in München gemacht. Bewirtet wurden die Gäste standesgemäß unter anderem mit grünem Tee und Pistazien, was schnell zu einer heimatischen Atmosphäre beitrug. Die Schulleitung erläuterte die Aufgaben, Schwerpunkte, Ziele und Bedeutung der Ausbildung zum Meister. Eine Besichtigung der modernen Werkstätten

durch die Schulleitung und dem Kollegen Bitterer veranschaulichte die Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis. Besonders beeindruckt hat die chinesischen Gäste die umfangreiche Holzsammlung der Meisterschule mit Exponaten aus aller Welt, als auch die hohen handwerklichen Fähigkeiten der Meisterschüler/Innen.

Erich Baumann

25 JAHRE ALLGEMEINE VERSICHERUNG AG



Ihr kompetenter und leistungsstarker Partner für den Rundum-Schutz der privaten Haushalte.

Wir sichern Ihre Sach- und Vermögenswerte.

Vertrauen Sie auf unsere Erfahrung.

Sie möchten mehr wissen? Wir informieren Sie gerne!

map-report

Juli 2005

Bestnote „langjährig hervorragende Leistungen“ Vergleich von Hausrat- und Wohngebäudeversicherung

Landesgeschäftsstellen in Bayern:

Landshut, Dreifaltigkeitsplatz 11/11a, 84028 Landshut, Tel. (0871) 965650-0

München, Damenstiftstraße 9, 80308 München, Tel. (089) 235010

Nürnberg, Marienstraße 27, 90402 Nürnberg, Tel. (0911) 232040

Debeka
erfahren · sicher · günstig

BV Schwaben

Dienstrechtsveranstaltung in Augsburg

Der Bezirksverband Schwaben hatte Anfang Mai kurz vor den Personalratswahlen zu einem Informationsabend eingeladen. Unsere beiden Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Horst Hackel informierten über Dienstrechtsfragen und standen den Fragen, Anträgen und Diskussionsbeiträgen des interessierten Auditoriums kompetent und aufgeschlossen gegenüber.

Hier die wichtigsten Ergebnisse in der Zusammenfassung:

Entlohnung:

Die Föderalismusreform sieht unter anderem vor, dass sich das Gehalt der Beamten zukünftig aus einem Grundgehalt und einer Leistungsvariablen zusammensetzt. Es sind fünf Leistungsvariablen vorgesehen. Das Grundgehalt und die mittlere Leistungsstufe sollen in etwa der momentanen Besoldung entsprechen. Diese leistungsabhängige Besoldung könnte nach Einschätzung der Hauptpersonalräte frühestens mit dem Kalenderjahr 2007 eingeführt werden.

Beurteilung:

Ab dem Beurteilungsjahr 2006 gibt es wieder 7 Stufen statt 16 Punkten. Kollegen, die 50 Jahre und älter sind, können freiwillig auf eine Beurteilung verzichten, mussten dies aber bis zum 15.01. formlos bekunden. Für Kollegen, die freiwillig auf eine Beurteilung verzichtet haben, besteht die Möglichkeit, sich in späteren Beurteilungszeiträumen wieder beurteilen zu lassen. Die Empfehlung des Hauptpersonalrats: falls eine Funktionsstelle in Aussicht steht, sollte man die Beurteilung nicht ablehnen. Leistungs- und Verwendungsbeurteilungen sind getrennte Verfahren. Das Mitarbeitergespräch ist nicht Bestandteil der Beurteilung. Eigenständige Unterrichtsbesuche durch den Fachbetreuer sind nicht möglich. Die Beurteilungsrichtlinien untersagen eine Schnittvorgabe für die Beurteiler!

Beförderungswartezeiten:

Ihre konkrete „Ernennungswartezeit“ können Sie mit dem „HPR-Beförderungsberechner“, (www.vlb-bayern.de → Hauptpersonalrat) ermitteln.

Kommissarische Betreuung von Funktionsstellen:

Unsere Hauptpersonalräte brachten beim Kultusministerium den Vorschlag ein, die kommissarische Wahrnehmung von Funktionsstellen in vollem Umfang auf die Beförderungszeit anzurechnen. Dem Vorschlag wurde in geänderter Form stattgegeben:

Die kommissarische Wahrnehmung muss mindestens drei Jahre angedauert haben.

Kommissarische Wahrnehmung 3 – 4 Jahre Anrechnung 4 Monate
 Kommissarische Wahrnehmung 4 – 5 Jahre Anrechnung 8 Monate
 Kommissarische Wahrnehmung > 5 Jahre Anrechnung 12 Monate

Altersteilzeit:

Wer als Beamter am 1. Februar 2010 mindestens 60 Jahre oder als Angestellter am 31. Dezember 2009 mindestens 55 Jahre alt ist, kann Altersteilzeit beantragen. Die Altersteilzeit läuft nach jetziger Rechtslage zum 31. Juli 2009 aus. Das ist bedauerlich, da zurzeit 47% der Lehrer die Altersteilzeit (geblockt oder in Teilzeitform) in Anspruch nehmen.

Die Lehrerverbände setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeit des Teilzeitantrages aus gesundheitlichen Gründen weiter bestehen bleibt bzw. weiter ausgedehnt wird.

Einstellungssituation der Referendare:

Der Hauptpersonalrat fordert beim Kultusministerium ein 100-%iges Angebot an Planstellen für die jungen Kolleginnen und Kollegen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die beiden Hauptpersonalräte in gewohnt kompetenter und unterhaltsamer Art und Weise informierten und dadurch der Abend trotz des schönen Wetters wie im Fluge verging.

Astrid Geiger

KV Bamberg/Forchheim

„Schule macht nicht jeden krank!“

Zu ihrer Jahresversammlung trafen sich die Mitglieder des Kreisverbands in Hirschaid. Bevor Dr. Andreas Hillert, Experte auf dem Gebiet der Lehrergesundheit, über Belastungsfaktoren und psychosomatische Erkrankungen im Lehrerberuf referierte, ehrte die stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Angelika Rehm zusammen mit dem Kreisvorsitzenden Pankraz Männlein langjährige Mitglieder. Dies waren für 25 Jahre Heinrich Bauer, Johann Dechant, Arthur Frischmann, Robert Kießling, Hans-Peter Reinbold, Barbara Schirner und Heide Ulrich-Seehuber, für 40 Jahre Georg Gradl und Hans-Dieter Metzner sowie für stolze 50 Jahre Hans Theo Schmidt.

Anknüpfend an die aktuellen Geschehnisse an der Rütli-Hauptschule in Berlin-Neukölln berichtete PD Dr. Dr. Andreas Hillert, Facharzt für Psychotherapie und psychotherapeutische Medizin und Oberarzt der Medizinisch-Psychosomatischen Klinik Roseneck in Prien am Chiemsee von den zwei Aspekten, die von Lehrerinnen und Lehrern bei ihrer Behandlung geäußert werden: So steht auf der einen Seite zwar das Ideal des engagierten, kompetenten, stets gerechten und um alle Schüler bemühten Lehrers. Auf der anderen Seite jedoch eine zunehmend als frustrierend erlebte Schulrealität: unmotivierte, unkonzentrierte und undisziplinierte Schüler, ein aus „Einzelkämpfern“ bestehendes, vom Schulleiter nicht selten nur oberflächlich zusammengehaltenes Kollegium und letztens eine Politik des Kultusministeriums, die zwar einerseits den hohen Wert der Bildung lobt, andererseits jedoch aus Haushalts- und Sparzwängen heraus vor allem in den letzten Jahren die Stundendeputate der Lehrer kräftig nach oben geschraubt hat.

Ergebnisse aus dem Priener Lehrerprojekt

Insgesamt resultiert aus der Arbeit des Lehrers ohne natürliche Grenze und

der Notwendigkeit des Einbringens von viel emotionaler Energie ein derart hohes Belastungsniveau, dem viele Lehrkräfte früher oder später nicht mehr Stand halten können. So scheiden derzeit in Deutschland ca. 90 % aller Lehrer vorzeitig aus dem Beruf aus, die meisten davon auf Grund psychosomatischer oder psychiatrischer Erkrankungen – erschöpft, überfordert und ausgebrannt. Im Jahr 2004 waren es deutschlandweit 3.400 Lehrkräfte, die vorzeitig dienstunfähig wurden. In der Medizinisch-Psychosomatischen Klinik Roseneck werden jedes Jahr mehr als 200 Lehrer auf Grund einer Depression oder Anpassungsstörung, gefolgt von Angststörungen und somatoformen Störungen stationär behandelt. Davor litten Lehrer durchschnittlich 5,1 Jahre und Lehrerinnen 6,7 Jahre unter der jeweiligen Symptomatik, so dass sich bei Lehrern ein Alter von ungefähr 48 Jahren, bei Lehrerinnen von ca. 43,5 Jahren ergibt, bei dem zum ersten Mal die Symptome der Krankheit auftraten.

Symptombezogene Therapieansätze

Im Mittelpunkt der Therapie soll zunächst die akute Erkrankung geheilt werden, danach geht es in der Rehabilitation um Bewältigungsstrategien für den Umgang mit schulischen Stress- und Belastungssituationen, mit denen die Lehrkräfte auf vielen Ebenen und unterschiedlich konfrontiert werden, nämlich von Seiten der Schüler, der Eltern, der Ausbilder, der Kollegen, der Schulleitung, der schulischen Ausstattung, der Klassengrößen, der Öffentlichkeit und der Politik. Mit dem Erlernen von Stressbewältigungsmöglichkeiten sowie dem Bewusstmachen der Notwendigkeit des Krafttanks und der Erholung sollen die Verhaltens- und Erlebensweisen der Patienten so verändert werden, dass der Schultag wieder besser bewältigt werden kann.

Dr. Hillert zusammenfassend: „Schule macht nicht jeden krank! Besonders gefährdet sind Lehrkräfte mit unkonkret-idealistischen Berufszielen, hoher Verausgabebereitschaft bei gleichzeitig hoher Resignationstendenz und Schwierigkeiten, die ei-

Neu aufgelegt und aktuell!

- Prüfungsbuch Mediengestalter – digital/print**
 Baumstark/Böhringer/Bühler/Jungwirth
 3., völlig überarbeitete Aufl. 2006
 420 Seiten, farbig
 ISBN 3-7782-6060-X, € 22,50
- Tabellenbuch Fahrzeugtechnik**
 Elbl/Föll/Schüler
 24., überarbeitete Aufl. 2006
 362 Seiten, zahlreiche Abb.
 ISBN 3-7782-3510-9, € 23,80
- Prüfungsbuch für Friseure**
 Haller/Nuding
 8., neu bearbeitete Aufl. 2006
 408 Seiten, viele Abb., zweifarbig
 ISBN 3-7782-5930-X, € 17,50

- SOL für Schüler**
 Grütznert
 1. Auflage 2005
 96 Seiten, zweifarbig
 ISBN 3-7782-1020-3, € 9,90
- Prüfungsbuch Wirtschaftskunde**
 Nuding
 11., neu bearbeitete Aufl. 2006
 216 Seiten, zweifarbig
 ISBN 3-7782-1280-X, € 10,80



- Prüfungstrainer für Medizinische Fachangestellte**
 Nuding/Wagner/Gudnason
 CD-ROM
 2., erweiterte Aufl. 2006
 ISBN 3-7782-5835-4, € 34,00
- Ich – wir Gemeinschaftskunde**
 Bonz/Scheffner
 4., vollständig überarb. Aufl. 2006
 255 Seiten, viele z. T. farbige Abb.
 ISBN 3-7782-1140-4, € 19,20

- WISO schnell und leicht**
 Grütznert/Klapper
 2., aktualisierte Aufl. 2006
 64 Seiten, A4, zweifarbig
 ISBN 3-7782-1295-8, € 6,90
- Politisches Grundwissen in Frage und Antwort**
 Nuding/Kirchner/Eisele
 4., neu bearb. Auflage 2006
 256 Seiten, viele farbige Abb.
 ISBN 3-7782-1185-4, € 14,10

Holland + Josenhans GmbH & Co
 Feuerseeplatz 2 • 70176 Stuttgart
 Tel. 0711/6 14 39-20 • Fax 0711/6 14 39-22 • verlag@huj.03.net
www.holland-josenhans.de

Holland + Josenhans



Auf dem Bild die Ehrenden und die Geehrten des VLB (von links): Kreisvorsitzender Pankraz Männlein, Heinrich Bauer, Barbara Schirner, Hans Theo Schmidt, Heide Ulrich Seehuber, Schatzmeister Uwe Bauder sowie die stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Angelika Rehm.

genen Anliegen notfalls auch offensiv auszusprechen. Zudem sind ein wenig tragfähiges soziales Netzwerk und die fehlende Distanzierungsfähigkeit zum Beruf weitere deutliche Risikofaktoren.“ Im Anschluss und bereits während des Vortrags kam es zu angeregten Diskussionen, bei denen einige Kernprobleme aufgegriffen und vertieft wurden. Darüber hinaus stand der Referent für weitere Fragen und Probleme der Mitglieder Rede und Antwort. *Bernd Krügel*

Vorstandsmitglied Wolfgang Lambl Ansprechpartner der genannten Fachgruppen und auch die Homepage des VLB erscheint seit einem Jahr in einer Synopse dieser Abteilungen. An diese Zusammenarbeit ist im Zeitalter der Lernfelddidaktik und der Kooperation auch noch verstärkter in der Aus- und Weiterbildung zu denken, zum Beispiel bei künftigen Fach- und Berufsschulungen des VLB.

Der dreifachen Zielsetzung entsprachen vier Impulsberichte von „Gästen“ und Mitgliedern der Fachgruppe:

1. Wolfgang Lambl sprach aus Sicht des VLB-Landesvorstandes und des Hauptpersonalrats die zunehmende gesundheitliche Belastung der Lehrkräfte durch die sich ausweitende Arbeitszeit an. Ein wichtiges Anliegen ist für ihn die gerechte Arbeitszeitangleichung im Höheren Dienst und im Bereich der Fachlehrerschaft. Hier müssten dringend Gespräche mit den Verantwortlichen der kirchlichen und staatlichen Dienststellen geführt werden. Ebenso ist über Rückstufungen und kurzfristige Zeitarbeitsverträge zu verhandeln. Der VLB setzt sich seit einigen Jahren (auch zusammen mit den Partnerverbänden) in Fachtagungen für die Gesundheit der Kollegen ein. Dieses Anliegen sollte auch in den entsprechenden Fachgruppen – gemeinsam mit dem Schulpastoral – angesprochen werden.

2. Der neue Leiter der Abteilung Realschulen, Gymnasien, Berufliche Schulen, Schul- und Hochschulpasto-

ral im Erzbischöflichen Schulkommissariat, Thomas Gottfried, setzte sich – auch in Vertretung des verhinderten Hausherrn Prälaten Erich Pfanzelt – engagiert für den Religionsunterricht an beruflichen Schulen ein. Er bedauerte das Dilemma eines hohen Ausfalls von Religionsunterricht und einer problematischen Nachwuchsversorgung durch Sondermaßnahmen, wie es zum Beispiel im Elektro- und Metallbereich erfolgt ist. Dennoch tritt er für Werbemaßnahmen zum Beispiel in FOS, BOS, FH und UNI ein, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Gerade in der Beschäftigung von unterhältig Angestellten, was besonders viele Religionslehrer betrifft, sieht er eine krasse Unterfinanzierung. Doch auch die vorhandenen Planstellen für Religionslehrer seien zu besetzen.

Bedeutende Anliegen sind für Gottfried die Berücksichtigung der Funktionsstellen/Fachbetreuer für den Bereich Religion, eine verbindliche Statistik, die spezifische Didaktik des Religionsunterrichts an beruflichen Schulen, die Lehrergesundheit und die Arbeitszeitbelastung und auch die Fragen der dienstlichen Beurteilung.

3. Dr. Ferdinand Herget berichtete vom Berufsschulsymposium des Deutschen Katechetenvereins in Erfurt, von den Bremer Hochschultagen und von der Schulbuchtagung für Religionsbücher an der LMU München. Er tritt für die fachliche Ausbildung der Religionslehrer an der Universität ein. Das RPZ sollte an allen drei Phasen der Lehrerausbildung an der Universität, im Seminar und bei der Weiterbildung (zum Beispiel in Gars) beteiligt sein. Unverzichtbar ist für ihn eine Vernetzung von Fakultät, Mentorat der Studentenbetreuung und Katholischer Hochschulgemeinde München. Insgesamt sieht er die Gefahr einer schleichenden Abwertung der allgemein bildenden Fächer, wenn er den Abbau von einschlägigen Fakultäten beobachtet. Das RPZ möchte sich zusammen mit dem VLB um gemeinsame Anliegen wie zum Beispiel die Nachwuchsförderung und Aufwertung des Religionsunterrichts an be-

rufsbildenden Schulen kümmern. Es erstellt Handreichungen für den Unterricht, ist im Internet präsent und überprüft den Lehrplan an Hand der Lernfelddidaktik. Das RPZ wird sich auch für die Studententafel und geeignete Schlüsselzahlen bei der Faktorisierung des Religionsunterrichts einsetzen. Wichtig ist die Erhaltung bzw. Schaffung von Fachbetreuerstellen, Fachmitarbeitern in den Diözesen und Bezirksregierungen.

Somit haben sich alle drei Referenten als wichtige Anwältinnen und Netzwerker des Religionsunterrichts an berufsbildenden Schulen profiliert.

4. Unser Fachgruppenmitglied Hartmut Garreis betreut als evangelischer Dozent auch die katholischen Berufsschullehrerstudenten des Faches Religion in Erlangen und Bamberg. Bislang gibt es in München, Erlangen/Nürnberg und Bamberg die Möglichkeit, das Fach Religionslehre an beruflichen Schulen im Zweitfach zu studieren. In Bamberg wird nach der Emeritierung von Prof. Horst Herion eine katholische Ordensschwester die religionspädagogische Ausbildung übernehmen. Die Studienmöglichkeit in Nürnberg soll möglicherweise vollständig gestrichen werden. Prälat Erich Pfanzelt soll über diese Situation informiert werden, um bei der Bayerischen Bischofskonferenz vorstellig zu werden. Insgesamt wird die Didaktik des Religionsunterrichts an berufsbildenden Schulen somit lediglich von Dr. Ferdinand Herget und Hartmut Garreis im universitären Bereich wahrgenommen. Für beide Kollegen ist bedeutsam, dass die Religionslehrausbildung auf universitärer Diplomebene erhalten bleiben muss und nicht durch einen Bachelor-/Masterabschluss abgestuft werden darf. Es sind vernetzte Module in den drei Phasen der Universität, des Seminars und in der Fortbildung zu erstellen. Außerdem muss die Berechtigung eines Bachelor-Abschlusses geklärt werden: Master = Höherer Dienst, Bachelor = Fachlehrerstufe?

An Herausforderungen ergeben sich somit für die Fachgruppe Religi-

Die Fachgruppe Religion zu Gast im Religionspädagogischen Zentrum: Fachgruppenleiter Dr. Michael Persie 3.v.l. links daneben Gastgeber Dr. Ferdinand Herget, in der Mitte der Leiter der Abteilung Realschulen, Gymnasien, Berufliche Schulen, Schul- und Hochschulpastoral im Erzbischöflichen Schulkommissariat, Thomas Gottfried, dann GV-Mitglied Gertrud Schneider und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl.



on bzw. den VLB als Interessenvertreter:

1. Prioritätensetzung für Lehrer-gesundheit durch geeignete Gesundheitsprävention.
2. Maßnahmen zugunsten der Lehrer, der Schüler, der Schule.
3. Entlastung durch Lernen von Selbstverantwortung bei Lehrern, Schülern und bei den schulischen Rahmenbedingungen (zum Beispiel Anstellung von Verwaltungskräften).
4. Lehrer- und Schulpastoral einschließlich Oase- und Wellness-tagen fördern.
5. Mehr Public-Relation-Arbeit von gelungenen Projekten präsentieren.
6. Integration des Religionsunterrichts in den Perspektiven der Lernfelddidaktik.
7. Vernetzung der Lehrerbildung in den drei Phasen: Universität, Seminar, Fortbildung.
8. Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und Aufbau der Strukturen von Fachbetreuung u. a.
9. Gerechte Arbeitszeitverteilung und Finanzierung der unterschiedlich eingestellten Religionslehrer
10. Vernetzung von VLB, RPZ, Kirchen, Fakultäten, Verwaltungen, Politikern und Wirtschaftsverbänden

In diesem Sinne soll möglichst im Herbst 2006 eine „Elefantenrunde“ der Vernetzung unter Führung des VLB stattfinden.

Ankündigungen:

Beim Berufsbildungskongress in Memmingen am 11. November 2006 beschäftigt sich die Fachgruppe Religion mit dem Thema: Die Lernfelddidaktik im Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen zwischen Integration und Isolation. (Dr. Ferdinand Herget)

Die nächste Fachtagung soll am 21. April 2007 in der Berufsschule Bergsonstraße in München stattfinden. Thematik: Schulentwicklung durch Religionslehrer – auch politisch und künstlerisch. *Dr. Michael Persie*

Kraft aus meinen Wurzeln – Fortbildung zur Lehrergesundheit

Ende April hatte die Reg. v. Unterfranken zu einer Fortbildung der neuen Art und Notwendigkeit eingeladen, die in erster Linie die Lehrerpersönlichkeit in den Blick nimmt: „Kraft aus meinen Wurzeln. Spirituelle Lebenskompetenz im beruflichen Alltag“. Als Referent, Begleiter und Impulsgeber konnte Dr. Albert Brendle, Religionslehrer an der BS in Miltenberg, gewonnen werden. Auch für ihn stellte diese regionale Lehrerfortbildung eine Premiere dar. Das Seminar fand am BBZ Münnerstadt statt, das mit seinem wohnlichen Ambiente den geeigneten Rahmen bildete. Für eine familiäre und gastliche Atmosphäre sorgten Schulleiter Harry Koch und Berufsschulmoderator Georg Gissler zusam-

men mit Lehrerinnen und Auszubildenden der Abteilung Hauswirtschaft.

Schwerpunkt 1. Stehen wie ein Baum

In einer Kennenlern – Runde schilderte jeder seinen spirituellen Kraft-Zustand mit der Selbstwahrnehmung eines gefüllten oder leeren Tanks und im Bild eines Baumes mit den Abschnitten Wurzeln, Stamm und Krone. Die Gruppe führte sodann Körper- und Wahrnehmungsübungen analog zu diesen drei Bereichen durch. Eindrucksvoll lernten die Teilnehmer das bewusste Stehen, die Behandlung des eigenen „geliebten“ Fußes, die Umarmung eines Baumes, das Kraft – Schöpfen aus der Tiefe in der Gebärdensprache und das Halten des Horizonts. Diese Übungen und Reflektionen ließen die persönliche Ausrichtung im beruflichen Alltag in der Spannung zwischen Erde und Himmel, Verwurzelung und Horizontweiterung spürbar werden.

Schwerpunkt 2: Kraft aus meinen Quellen

Dr. Brendle führte in den zweiten Kraft – Akt mit den Leitfragen ein: Was sind meine Energiequellen für meine Persönlichkeit und für mich als Lehrer? Wie erspüre ich Nahrung und

Halt? Aus welchen Quellen schöpfe ich Lebensenergie und Gelassenheit im beruflichen Alltag? In seinen theoretischen Grundlagen berief er sich auf die vier Elemente Luft, Wasser, Erde und Wärme, auf die Grundlagen der Männer – Gesundheit: richtige Ernährung, Bewegung und Spiritualität und vor allem auf die fünf „Säulen der seelischen Gesundheit“ in der Gestaltpädagogik.

Diese fünf Säulen zeichneten die Teilnehmer in etwa einer halben Stunde als ihre fünf lebensgestaltenden Wurzeln: der Leib – seelische Zusammenhang, Partnerschaft finden, meine Arbeit und mein Beruf, die materielle Sicherheit und meine Werte (Was ist mir heilig und wertvoll, was ist meine Spiritualität?). Eine echte spirituelle Erfahrung und neue Haltung zur Nahrungsaufnahme bildete das Verkosten eines Apfels in der Runde im Zeitraum einer halben Stunde.

Während des Feedbacks zeigte sich die Gruppe begeistert von der Strukturierung und dem Ablauf der Begegnung. Die Teilnehmer wünschen zusammen mit den Verantwortlichen noch vielen Kolleginnen und Kollegen dieses Auftanken für die Persönlichkeit im Lehrerberuf.

Dr. Michael Persie

ter Hand von Ministerialrat Georg Hirner und dem VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann gekommen.

Nach der Begrüßung durch den VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler, die Referendarssprecher Edigna Kellermann und Jürgen Krotter sowie die Studentensprecher Stefan Weinzierl und Manuel Böhm folgte zunächst eine allgemeine Vorstellungsrunde.

Danach informierte Rainer Rogan über die einzelnen Versicherungspakete, die VLB-Mitgliedern angeboten werden.

Fachliche Schwerpunkte

Der erste fachbezogene Tagungsordnungspunkt war ein Vortrag von Claudia Romer vom ISB über „Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis (JoA)“. Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis steigt von Jahr zu Jahr. Darauf hat das ISB mit einer Offensive reagiert (www.joa.bayern.de). Nach der Präsentation von Claudia Romer für das ganze Plenum, gab es die Möglichkeit für Interessierte dieses Thema in einem Workshop zu vertiefen. Hier wurden viele Vorschläge erarbeitet wie Studenten und Referendare noch spezieller auf dieses immer größer werdende Arbeitsfeld an den beruflichen Schulen ausgebildet werden können. Die Präsentation von Claudia Romer ist auf den Internetseiten der Studenten downloadbar.

In der aktuellen bildungspolitischen Diskussion gibt es momentan Stimmen die Lehrerbildung an die Fachhochschulen zu verlagern. Deshalb befasste sich ein weiterer Workshop mit dem Für und Wider dieser Vorschläge. Das Ergebnis wurde dem Plenum am nächsten Tag präsentiert: Es gab ein eindeutiges Votum für den Verbleib der Lehramtsstudiengänge an den Universitäten und Technischen Hochschulen.

Im Arbeitskreis Lehrerbildung überlegten sich Studenten und Referendare gemeinsam wie die Vorbereitung auf ihren angestrebten Beruf noch verbessert werden könnte. Dabei stand die Koordination und Kooperation zwischen den einzelnen Phasen im Vordergrund. Tagungen, wie



Stellten sich in der Hauptvorstandssitzung vor: Holger Sahn und Sebastian Hauck, die neuen VLB-Studentensprecher.

von VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann seit Jahren im gewerblich-technischen Bereich initiiert, bei denen Studienseminar und Universität die Aufgabe der Lehrerbildung gemeinsam angehen, tragen einen wesentlichen Teil zur besseren Abstimmung und Vernetzung bei.

Eine Ausweitung der Praxisanteile, vor allem im kaufmännischen Bereich ist eine weitere Forderung der Studenten und Referendare. Allerdings müssen die in das Studium integrierten Praxisphasen mit einer intensiven Vor- und Nachbereitung bzw. Begleitung von Seiten der Fachdidaktik verbunden werden. Hier wurden von Seiten der Workshopteilnehmer Forderungen laut, dass dieser Weg zu mehr Praxis bei den Umformungen der Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses berücksichtigt werden müssten.

Dieser Schritt ist wichtig in Bezug auf die Überprüfbarkeit der Berufswahl der angehenden Lehrer. Denn es ist immer wieder erschreckend festzustellen, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Lehramtsstudenten erst im Referendariat bemerkt, dass ihnen der Beruf nicht liegt. Hier wird viel an personellen und finanziellen Ressourcen verspielt, welche man durch mehr betreute Praxisphasen schon während des Studiums einsparen könnte.

Podiumsdiskussion

Am folgenden Tag wurden die Ergebnisse der Workshops der gesamten Gruppe vorgestellt. Es fand eine Podiumsdiskussion mit MR Georg Hirner, VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann und dem VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler statt.

MR Hirner unterstrich die Bedeutung des Referendariats im Hin-

blick auf die wachsende Autonomie der Universitäten im Rahmen des Bologna-Prozesses. Da die Hochschulen eigene Profile aufbauen könnten, werden die Zugangsvoraussetzungen heterogener. Daher wächst die Bedeutung des Vorbereitungsdienstes als Auswahl- und Kontrollmöglichkeit von Seiten des Staates. Eine Abschaffung des Referendariats auch nach Praxismodulintegration mit Einführung des Masterabschlusses ist nicht vorgesehen.

Mit besonderer Spannung wurden die Einstellungsprognosen durch MR Hirner erwartet. Er hatte dieses Jahr sehr viel bessere Nachrichten für die Referendare wie im letzten Jahr. Rein rechnerisch gibt es für alle Absolventen eine Planstelle. Große Differenzen gibt es aber aufgrund der Fachrichtungen. Im Bereich Metall werden alle Lehrer dringend gebraucht. Hingegen im Baubereich werden nur die Besten mit einer Planstelle rechnen können. Erstmals haben neun Lehrer an beruflichen Schulen mit der im Wintersemester 1999 neu eingerichteten Fachrichtung Gesundheits- und Pflegewissenschaften das zweite Staatsexamen bestanden. Sie haben schon viele Stellenangebote, auch aus anderen Bundesländern, erhalten.

Schulhausführung

Als besonderes Highlight des Symposiums sahen viele die Führung durch die Karl-Peter-Obermaier-Schule (Berufsschule I Passau) mit dem Schulleiter Hans Käfler. So beeindruckte die Architektur, des vor sechs Jahren eingeweihten Gebäudes. Vor allem die technische Ausstattung ließ keine Wünsche der zukünftigen Lehrer offen. Von aufklappbaren Spiegeltischen

und Salonräumen der Frisöre, über an Schienen hängenden Öfen, durchsichtigen Abwasserleitungen, Räucher-kammern und nicht zuletzt den Fahrzeugen wurde uns die räumliche Integration der Praxis in die Lernräume präsentiert. Am Schönsten ist die Aussicht der Schule über das Donautal.

Neue Studentensprecher

Als Schlusspunkt stand die Wahl der Studentensprecher an. Für den kaufmännischen Bereich wurde Sebastian Hauck, der an der Uni Bamberg Wirtschaftspädagogik studiert, und für den gewerblich-technischen Bereich Holger Sahn gewählt. Holger Sahn studiert an der TU München Lehramt an beruflichen Schulen, mit Erstfach Gesundheits- und Pflegewissenschaften und Zweitfach Sozialkunde. Beide neuen Studentensprecher sind jeweils im vierten Semester. Sie freuen sich auf gute Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern und bedanken sich bei Ihren Vorgängern für deren geleistete Arbeit.

Holger Sahn, Sebastian Hauck Studentensprecher, Edigna Kellermann, Jürgen Krotter Referendarssprecher

Senioren

Sitzung der Seniorenvertreter

Ende April trafen sich unter Leitung des Seniorenvertreters im HV Berthold Schuster die Seniorenvertreter der Bezirksverbände. Entsprechend der genehmigten Tagesordnung wurden die vorgesehenen Punkte bearbeitet.

Rückblick

Berthold Schuster berichtete über diverse Veranstaltungen und Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene, die neben seiner Teilnahme an Sitzungen des HV als Vertreter für die Anliegen der Senioren abzuarbeiten waren: Die Zeitschrift „Wirtschaft und Erziehung“ hatte Berthold Schuster um Genehmigung gebeten, seine

in VLB-akzente veröffentlichten Berichte zur Seniorenarbeit in Bayern übernehmen zu dürfen. Das hier von professioneller Seite gezeigte Interesse lässt erkennen, dass in diesen Artikeln kompetent berichtet wird.

Berthold Schuler nahm an einer von Wolfgang Lambl auf Bundesebene geführten Sitzung mit dem Schwerpunkt „Dienstrecht und Versorgung“ teil. Eine wichtige Erkenntnis aus dieser Veranstaltung ist, dass sich im zu erwartenden Strukturreformgesetz vermutlich die Intention der Föderalismuskommission im Rahmen eines Gesamtpaketes durchsetzen wird. U. a. „wandern“ wesentliche Teile des Beamtenrechtes wie z. B. Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht zu den Ländern, das Statusrecht wie z. B. Ernennung, Auflösung und Pflichten verbleiben in der Kompetenz des Bundes. Seniorenvertreter Schuler wird wie bisher in seinen Artikeln in VLB-akzente fortlaufend über Neuigkeiten zum Beamten- und Versorgungsrecht berichten.

Auch bei diversen Veranstaltungen auf Bezirksebene informierte Schuler die Senioren über die Problematik in diesen rechtlichen Dingen.

Die Bezirksvertreter berichteten über stattgefundene und geplante Veranstaltungen aus ihren Bezirken. Im abgelaufenen Jahr wurden neben Ehrungen, Besuche von kulturellen Veranstaltungen, Besichtigungen, Führungen und ausgedehnte Fahrten durchgeführt.

Auch für dieses Jahr laufen umfangreiche Planungen kultureller und gesellschaftlicher Art. Wie schon in der Vergangenheit ist in der Regel jeweils Berthold Schuler mit von der Partie und wird bereitwillig den Senioren Rede und Antwort stehen. In VLB-akzente werden die Bezirke jeweils aktuell berichten.

Aktuelles

Schuler erwartet bei den kommenden Änderungen des Beihilferechtes keine Verschlechterungen für Bayern. Vermutlich sollen die vielen Eigenbehalte zu einem pauschalierten Betrag zusammengefasst werden. In VLB-akzente wird darüber fortlaufend informiert.

Für die Seniorenveranstaltungen am kommenden Berufsbildungskongress in Memmingen wurden diverse Planungen besprochen. So ist bereits für die Hauptveranstaltung ein fachkundiger Referent eingeplant, Besichtigungen bzw. kulturelle Teile sind noch in Vorbereitung.

Die anwesenden Seniorenvertreter waren sich einig, dass für die Seniorenarbeit in den Bezirken jeweils ein Stellvertreter nötig wäre. *Dieter Röde*

Personalien

Wir gratulieren im Juli ...

... zum 94. Geburtstag

Frank, Erika, 31.07.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Meier, Babette, 09.07.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

... zum 93. Geburtstag

Wiedemann, Karl, 30.07.
82362 Weilheim,
KV Obb.-Südwest

... zum 90. Geburtstag

Karrasch, Rudolf, 17.07.
80689 München, BV München

... zum 89. Geburtstag

Hösl, Josef, 19.07.
94315 Straubing,
KV Donau-Wald
Lenz, Wilhelm, 27.07.
86163 Augsburg, KV Augsburg

... zum 86. Geburtstag

Krebs, Friedrich, 22.07.
96049 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 85. Geburtstag

Hannemann, Kurt, 09.07.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest

... zum 84. Geburtstag

Kaestl, Ingeborg, 18.07.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

... zum 82. Geburtstag

Berger, Irene, 02.07.
87719 Mindelheim, KV Allgäu
Fraas, Gertraud, 28.07.
95028 Hof, KV Ofr.-Nordost
Löwer, Kurt, 27.07.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg
Rotteger, Anna, 27.07.
84036 Landshut, KV Landshut

... zum 81. Geburtstag

Förster, Erna, 27.07.
93170 Bernhardswald, KV Regensburg
Fuchs, Heinz, 05.07.
87509 Immenstadt, KV Allgäu

... zum 80. Geburtstag

Denzler, Heinrich, 21.07.
96138 Burgebrach,
KV Bamberg-Forchheim
Gulden, Erika, 15.07.
95030 Hof, KV Ofr.-Nordost
Heinz, Hans Georg, 08.07.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth
Schubert, Ottmar, 18.07.
91717 Wassertrüdingen, KV Mfr.-Süd

... zum 75. Geburtstag

Castner, Rochus, 10.07.
90419 Nürnberg, KV Nürnberg
Christ, Josef, 21.07.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach
Helfrich, Margot, 14.07.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Naujoks, Hartmut, 23.07.
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön
Zenker, Johann, 23.07.
95328 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest

... zum 70. Geburtstag

Erk, Winfried, 31.07.
97222 Rimpfing, KV Würzburg
Helfrich, Helmut, 07.07.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain
Lerch, Wolfgang, 25.07.
82194 Gröbenzell, KV Obb.-Nordwest
Otto, Eberhard, 24.07.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben
Sax, Josef, 28.07.
82194 Gröbenzell, BV München
Schülke, Joachim, 21.07.
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest

... zum 65. Geburtstag

Bogner, Ingeborg, 22.07.
82152 Krailing, BV München

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: pewiede@arcor.de

Kompetenz und Erfahrung
Versicherungs
Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

z.B. errechnen wir Ihre Förder-Rente

Die Förder-Rente wird staatlich gefördert durch Zulagen und Steuervorteile.

z.B. erhält eine Familie mit 2 Kindern ab 01.01.2006 Zulagen in Höhe von

504 €.

Wollen Sie diese dem Staat schenken?

Sie können wählen zwischen:

- Traditionelle Rentenversicherung
- Fondsgebundene Rentenversicherung mit den Ertragschancen einer Fondsanlage

Buchberger, Karlheinz, 25.07.
82256 Fürstenfeldbruck, BV München
Ehrlinger, Hans-Georg, 31.07.
81377 München, BV München
Goblirsch, Gerald, 29.07.
83125 Eggstätt, BV München
Helmsorig, Gerhard, 06.07.
91737 Ornbau, KV Mfr.-Nord
Hupfauf, Gertrud, 18.07.
94522 Wallersdorf, KV Donau-Wald
Kilmek, Ulrike, 20.07.
93073 Neutraubling, KV Regensburg
Meißbacher, Elisabeth, 02.07.
86551 Aichach, KV Oberschwaben
Müller, Elisabeth, 04.07.
97464 Niedewerrn, KV Main-Rhön
Oelkrug, Peter, 27.07.
66807 Buchloe, KV Obb.-Südwest
Schacherbauer, Margarete, 26.07.
84347 Pfarrkirchen, KV Ndb.-Ost
Schmiz, Gerhard, 01.07.
86697 Oberhausen/Neuburg,
KV Obb.-Nordwest

... zum 60. Geburtstag

All, Harold, 11.07.
95152 Selbitz, KV Ofr.Nordost
Bezold, Josef, 10.07.
93176 Beratzhausen, KV Regensburg
Falkert, Erich, 12.07.
93077 Bad Abbach, KV Regensburg
Flettner, Anton, 31.07.
97753 Karlstadt, KV Würzburg
Gels, Hans-Wolfgang, 24.07.
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord
Huber, Helmut, 03.07.
85551 Kirchheim, BV München

Schmedding, Theo, 05.07.
83209 Prien, KV Rosenheim-Miesbach
Stegmüller, Franz, 16.07.
82383 Hohenpeißenberg,
KV Obb.-Südwest

In den Ruhestand sind gegangen ...

Fruhstorfer, Walter, KV Donau-Wald
Kuntermann, Gert, KV Mfr.-Nord
Mielentz, Hartmut, KV Nürnberg
Triltsch, Erwin, KV Augsburg
Vieweg, Günther, KV Allgäu

Wir trauern um ...

Ferstl, Roman, KV Regensburg (44)
Galke, Wolfram, KV Mfr.-Süd (52)
Geißler, Walter, KV Traunstein-BGL (68)
Neuf, Elisabeth, KV Donau-Wald (48)
Steigerwald, Paul, KV Nürnberg (86)
Weiß, Horst, KV Landshut (64)

Autorenverzeichnis

Gillitzer, Alois
BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 0961-206-0

Hirschmann, Norbert
Goethe-Str. 1, 93049 Regensburg,
Tel. 0941 - 507-4066

Hofer, Bettina
Fachlehrerin für Pädagogik,
BFS für Kinderpflege und Hauswirtschaft,
Klosterstr. 25, 84163 Marklkofen,
Tel.: 08732-858

Holzmann, Siegfried
BSZ, Goethestr.6, 91443 Scheinfeld,
Tel.: 09162-556

Käfler, Hans
VLB-Landesvorsitzender BS,
Am Fernsehturm 1, 94036 Passau,
Tel.: 0851-9591300

Dr. Kellner, Gerhard
BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 0961-206-0

Lambl, Wolfgang,
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und
Hauptpersonalrat, Gramschatzer Ring 6,
97222 Rimpfing, Tel.: 09363-5278

Prof. Dr. Schroll-Decker, Irmgard,
FH Regensburg, Postfach 120327, 93025
Regensburg, Tel.: 0941-9431091

Schilcher-Fuhrig, Gertrud
BS Ringstr. 1, 89231 Neu-Ulm,
Tel.: 0731-98584-0

Schulter, Berthold
VLB-Seniorenbeauftragter,
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: 089-38584084

Seifried, Jürgen
u. a. OFU, Kapuzinerstr. 25,
96045 Bamberg, Tel.: 0951-863-2765

Thiel, Peter
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Tel.: 0931-77691

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

16. Mai 2006

Steuerliche Behandlung von Lehrerarbeitszimmern

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

zurzeit wird im Rahmen von Steuergesetzesänderungen die Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer in Frage gestellt, sofern es nicht ausschließlich beruflich genutzt wird. Insbesondere für Lehrerinnen und Lehrer würde das eine besondere Belastung bedeuten, da für diese in den Schulen in aller Regel kein Arbeitsplatz zur Verfügung steht und sie deshalb darauf angewiesen sind, einen häuslichen Arbeitsplatz zu nutzen. Als Vertreter der Lehrkräfte unseres Landes halten wir es für dringend angeraten, die Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer weiter aufrecht zu erhalten und sehen dies auch als ein Gebot der Steuergerechtigkeit an.

Da die Berufsausübung ohne ein häusliches Arbeitszimmer nicht möglich ist, gebietet die Systematik des Steuerrechts die steuerliche Anerkennung der Kosten als abzugsfähig. Der beabsichtigte Paradigmenwechsel wäre unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit unseres Erachtens nicht zumutbar.

Ein wesentlicher Aspekt darf bei einem solchen Schritt nicht übersehen werden: Im Falle der wegfallenden Absetzbarkeit wären die Lehrer gezwungen, die Bereitstellung und Ausstattung von Arbeitszimmern in den Schulen einzufordern. Dies würde für die öffentliche Hand insgesamt unter dem Strich erheblich höhere Mehrkosten bedeuten als die – derzeit durch die Höchstgrenze limitierte – Anerkennung der Abzugsfähigkeit der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer.

Ein Wegfall der Abzugsfähigkeit wäre auch ein falsches Signal an die Lehrkräfte, denn er würde nichts anderes bedeuten, als dass der Staat das häusliche Arbeitszimmer als Arbeitsort nicht mehr wünscht. Wenn die Lehrkräfte nun auch die Konsequenz ziehen und die Vor- und Nachberei-

tung des Unterrichts zuhause nicht mehr leisten würden, wäre das für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems kontraproduktiv.

Darüber hinaus wären im Ergebnis Lehrkräfte als mehrfach Betroffene der Steuerreform besonders belastet. Für sie gelten steuerliche Änderungen, die die Allgemeinheit treffen, wie etwa die Erhöhung der Umsatzsteuer, aber ohne Entlastungen an anderer Stelle, wie sie für Sozialversicherungspflichtige gelten. Darüber hinaus sind Lehrkräfte tangiert von den generellen Einsparungen bei der Besoldung der Beamtenschaft. Die Streichung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das Arbeitszimmer würde zum weiteren Sonderopfer für Lehrerinnen und Lehrer, das als zusätzliche Belastung nicht mehr vermittelbar wäre. Wir erinnern daran, dass es schon heute angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen von Lehrern sehr schwer ist, genügend Lehrernachwuchs zu gewinnen. Die steuerliche Nichtanerkennung des häuslichen Arbeitszimmers wäre ein weiteres fatales Zeichen, dass der Staat die Arbeit seiner Lehrer nicht ausreichend schätzt und berücksichtigt.

Wir wenden uns an Sie in der Hoffnung, dass es Ihnen möglich ist, auch anderen Argumenten als denen der Einnahmenverbesserung Gewicht zu verleihen. Wir bitten Sie sehr, die besondere Situation der Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes zu würdigen und für diese Berufsgruppe einmal ein positives Signal zu setzen.

Mit besten Grüßen

**Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen (BLBS)**

Deutscher Philologen Verband (DPfV)

Katholische Erzieher Gemeinschaft (KEG)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)

i.A. aller aufgeführten Verbände

Wolfgang Kehl

Bundsvorsitzender

Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen